

11 | Mai 2017

Attersee. *REPORT*

„Fährtensuche nach der Staatsidee“

Thomas R. Grischany

Der Staat in der Sinnkrise

Günther Scheffbeck

Staatsreform - ein Déjà-vu

Andreas Kirschhofer - Bozenhardt

Der Leitwolf hat die Fährte verloren

Am Attersee-Kamin

In der Werkstatt der Politik

Paragrafen mit morschen Zähnen

Tanja Leopold

Gift im Internet

Politischer Frevel im Klassenzimmer



**Nur mit dem Bekenntnis zur eigenen Art
lässt sich ein Staat auf Dauer regieren.**

Inhalt

Thomas R. Grischany Der Staat in der Sinnkrise.....	Seite 6
Günther Scheffbeck Staatsreform - ein Déjà-vu.....	Seite 9
Gegenfrage Eminenz.....	Seite 12
Andreas Kirschhofer - Bozenhardt Der Leitwolf hat die Fährte verloren.....	Seite 13
Paragrafen mit morschen Zähnen.....	Seite 17
Am Attersee-Kamin In der Werkstatt der Politik.....	Seite 20
Elite ohne Noblesse.....	Seite 24
Am Tor zu einer anderen Zeit.....	Seite 28
Mint, Mint, Mint - ist das Alles?.....	Seite 31
Tanja Leopold Gift im Internet.....	Seite 33
Andreas Kirschhofer - Bozenhardt Heldenplatz als roter Platz.....	Seite 36
Politischer Frevel im Klassenzimmer.....	Seite 38
Schlaumeiereien.....	Seite 41

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Mag. Norbert Nemeth
Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
E-mail: kirschhofer@drei.at ■ Fotos sofern nicht gekennzeichnet: freepik.com / Wikipedia / pixaby.com

www.attersee-forum.at

Der Atterseereport stellt eine Diskussionsplattform dar, die verschiedenen Autoren ermöglicht, sich zu gesellschaftlich und parteipolitisch relevanten Themen zu äußern. Die Aussagen können sich mit der Linie der FPÖ decken, müssen aber nicht. Die Aussagen sind Meinungen der Autoren und liegen in deren Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich im Bereich der Meinungsfreiheit. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder.

Vorwort des Herausgebers

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Viel war in der letzten Zeit von „Lügenpresse“, „Lückenpresse“ und „fake news“ die Rede. Das verwundert nicht, zumal die Medien ihre mehrheitliche Linkslastigkeit immer schamloser vor sich her tragen. Längst sind sie dazu übergegangen, nicht objektiv über Politik zu berichten, sondern selbst Politik zu machen. Und diese Politik steht im Zeichen einer linken Zeitenwende. Die Linke ist eigentums- und leistungsfeindlich, sie will den traditionellen Ehe- und Familienbegriff zerstören und sie will ihr wichtigstes Postulat, nämlich dass die Menschen gleich sind bzw. gleich gemacht werden können, mit totalitären Methoden realisieren. Der französische Urkommunist und Jakobiner Francois Noël Babeuf hat es einst klar und deutlich ausgesprochen: „Die Familie ist ein Gräuel, ihr Erbrecht verewigt die Ungleichheit.“ Wer dem „Glück aller“ im Wege war, sollte weggeräumt werden ... und Dr. Joseph-Ignace Guillotin erfand die nach ihm benannte Tötungsmaschine.

Freilich begegnet uns der linke Totalitarismus heute anders, die ideelle Wurzel ist aber dieselbe geblieben. Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Überlegungen zur Einführung einer Internetzensur, ein immer restriktiver werdendes Gesinnungsstrafrecht sowie die gesellschaftliche Ausgrenzung Andersdenkender sind die Folgen von all dem. Nicht zu vergessen die gewollte Zerstörung der Gedankenfreiheit und ihres wichtigsten Ausdrucksmittels, der deutschen Sprache, durch „politische Korrektheit“ und Gendermainstreaming.

Die Offenlegung der ideellen Wurzeln unserer politischen Gegenwart, ihre Enttarnung und Analyse sind mir seit Langem ein besonderes Anliegen, zumal deren genaue Kenntnis die Voraussetzung für ihre Bekämpfung ist. Was unsere abendländische Gesellschaft kaputt macht, gezielt intellektuell anzugreifen – unter dieses Credo habe ich meine Präsidentschaft des Atterseekreises gestellt. Dazu passt, dass meine bisherige berufliche Laufbahn stets

durch die Verschränkung von praktischer Politik und ihren Grundlagen geprägt war. Ich bin wohl das, was man einen „politischen Beamten“ nennt: seit zehn Jahren Direktor des Freiheitlichen Parlamentsklubs, zuvor viele Jahre Geschäftsbereichsleiter der Volksanwaltschaft.

In den letzten Jahren habe ich verstärkt publiziert: neben unzähligen politischen Kommentaren in Wochenzeitungen ein Fachbuch über parlamentarische Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht; ein weiteres über den Präsidentschaftswahlkampf 2016 ist gerade in Arbeit. Meine besondere Zuneigung gilt allerdings historischen Romanen – zwei habe ich unter meinem literarischen Alter Ego „S. Coell“ verfasst, „Im Schatten des Gracchus“ und „Die Karlsbadverschwörung“. Ersterer spielt im Jahre 1811 und stellt die Gedankenwelt der Jakobiner jener der Restauration gegenüber; die Handlung des zweiten Romans ist zwischen dem Wartburgfest (1817) und den Karlsbader Beschlüssen (1819) angesiedelt und spielt im Milieu der Urburschenschaft.

Vor diesem persönlichen Hintergrund halte ich Publikationen wie den „Atterseereport“ für sehr bedeutsam. Zugleich ist es mir eine Ehre, als Herausgeber einem Mann vom Format eines Alois Gradauer nachfolgen zu dürfen. Medien, die weder lügen noch „lücken“, sind nicht nur für denjenigen, der seine Meinung als Autor frei artikulieren kann, ein Zeichen von Freiheit. Darüber hinaus erfüllen gerade Publikationen wie der „Atterseereport“ mit seiner Fülle an Daten und Fakten eine wichtige Orientierungsfunktion für unsere Gesellschaft. Ohne qualitativ hochwertige Informationen kann es keine funktionierende Demokratie geben.

Mit herzlichen Grüßen,



Mag. Norbert Nemeth
Präsident des Atterseekreises



Liebe Leserin, lieber Leser,

2017 ist ein Jahr der Wahlen und damit der politischen Wachablösen in vielen Ländern. Nicht immer sind es neue Parteien, die an die politische Macht gelangen, sehr oft aber neue Persönlichkeiten. In den USA und Holland ist das schon geschehen, in Frankreich steht es knapp bevor, in Deutschland und sehr wahrscheinlich auch in Österreich wird es im Herbst der Fall sein. Wer von den Neuen oder Erneueren wird sich als ideenreicher Gestalter erweisen, wer hingegen als Versager?

Eine Antwort darauf liegt noch im Schoss der Zeit. Abschätzbar ist lediglich, dass bei einigen hochgejubelten Wettbewerbern um das politische Sagen der vorschnell erteilte Lorbeer bereits wieder zu welken beginnt. Dazu zählen neben dem glatten österreichischen Quereinsteiger Christian Kern auch der deutsche Poltergeist Martin Schulz, dem anfangs eine geradezu magische Zauber auf die Wähler nachgesagt wurde. Dann, nach seinem Sprung an die Spitze der SPD, die urplötzliche Ernüchterung bei der ersten Landtagswahl. „Alle dachten, Schulz kann über das Wasser gehen; nun liegt er in der Saar“ spöttelte der CDU-Abgeordnete Jens Spahn dazu aus dem Hintergrund.

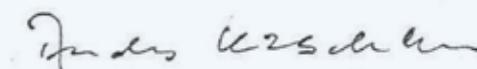
Wo auch immer die parteipolitischen Wurzeln der Akteure des Weltgeschehens liegen mögen, stellt sich für sie länderübergreifend die Frage, bis zu welchem Grade die Gesellschaft angesichts dramatischer Einflußfaktoren wie Klimawandel, Massenwanderungen und eines sich überschlagenden wissenschaftlich-technologischen Fortschritts überhaupt noch plan- und steuerbar ist. Insbesondere die Digitalisierung in Richtung von künstlicher Intelligenz erschwert die Reaktionsfähigkeit auf den hereinbrechenden Wandel. Wie zukunftsfähig sind eigentlich unsere Systeme?

Unter der Wucht dieser Problemstellung wirken die von den österreichischen Staatsreformern angepeilten Ziele wie z.B. Neuregelung

von Kompetenzen, Vereinfachung des Wirtschaftsrechts mit rascheren Verfahren bei Anlagengenehmigungen oder die Vereinheitlichung des Jugendschutzes auf den ersten Blick etwas bieder. Dennoch steht auch hinter solchen Aufgabenstellungen eine Grundproblematik, die die Menschheit schon im Altertum beschäftigte, nämlich die Frage nach der brauchbarsten Staatsidee. Um die Fährten suche nach ihr aus der historischen Erinnerung abzurufen, hat sich der Attersee-Report um kompetente Interpreten des Reformgeschehens bemüht. Thomas Grischany (Webster Private University Vienna) unternimmt in diesem Heft einen Streifzug durch die Geschichte der Staatstheorien, der Parlamentarismusforscher Günther Scheffbeck befaßt sich anschließend mit dem Dilemma der österreichischen Reformbemühungen. Auch das Gespräch am „Attersee-Kamin“ zwischen Herausgeber und Redaktion und einige weitere Beiträge berühren das Problem des Wohlbefindens in der Gesellschaft. Zeitnahe Themen anderer Art sind überdies die kritische Auseinandersetzung mit der Aktualität des Strafrechts, die heikle Rolle Deutschlands als potentieller Leitwolf der EU und das „Gift im Internet“ mit seinen erschreckenden Perspektiven für die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Eine spezielle Empfehlung zur Aufmerksamkeit verdient der Hinweis auf die Reflexion des Marburger Wissenschaftlers Ruprecht Kamp über die vorherige Ausgabe (Nr.10) des Attersee-Reports „Am Tor zu einer anderen Zeit“. Wir hoffen, dass es der Redaktion auch in dieser Ausgabe gelungen ist, unseren Lesern den einen oder anderen gedanklichen Impuls zu vermitteln und ganz allgemein den Blick auf das Zeitgeschehen zu schärfen.

Herzlichst,



Chefredakteur



DER STAAT IN DER SINNKRISE

Ein Streifzug durch die Geschichte der Staatstheorien

Der Staat hat viele Gesichter; man kann ihn auf sehr verschiedene Weise verstehen: Als ein System, das über die Rechte und Pflichten der Bürger bestimmt, als Dienstleister für die Versorgung der Bürger, als Despoten oder als Wohltäter und Beschützer. Über die Funktion des Staates haben sich im Altertum und in der späteren Geschichte viele bedeutende Denker die Köpfe zerbrochen. Der Wiener Historiker THOMAS R. GRISCHANY hat für den Attersee-Report eine Spurensuche nach den Überlegungen der Staatstheoretiker unternommen und den Gang der Dinge im nachstehenden Bericht zusammengefaßt.

Mit dem Übergang vom mittelalterlichen Personenverbandsstaat zum institutionellen Flächenstaat im frühneuzeitlichen Westeuropa erscheinen erstmals seit der Antike wieder nicht-theologische Staatstheorien, wobei prinzipiell Einigkeit besteht, dass die Souveränität, also die höchste Gewalt, beim Fürsten liegt. Während der französische Staatstheoretiker Jean Bodin im 16. Jh. noch stärker mit göttlichem Recht (Naturrecht) argumentierte¹, handelte es sich dem englischen politischen Philosophen Thomas Hobbes zufolge um einen Sozialvertrag, bei dem sich die Subjekte einem starken Herrscher, dem „Leviathan“, unterwerfen, damit er ihnen im Gegenzug Sicherheit vor dem Krieg aller gegen alle bietet.² Nach außen wurde die Souveränität des Staates im Westfälischen Frieden von 1648 festgesetzt.

Während sich Bodins Ansatz immer mehr zum Absolutismus französischer Prägung entwickelte, in welchem der König *legibus absolutus* war und sich schließlich mit dem Staat gleichsetzte („L'état c'est moi“),

kommt es im Zuge der Aufklärung zur Ausformung des politischen Liberalismus, der eben jenen Absolutismus durch den Ruf nach Verfassung und Grundrechten in Frage stellt.

John Locke bejaht Recht auf Rebellion

In Fortentwicklung von Hobbes postulierte der englische Philosoph und „Vater des Liberalismus“ John Locke einen Gesellschaftsvertrag, der ausdrücklich die Zustimmung der Regierten betonte und ein Recht zur Rebellion gegen ungerechte Herrscher inkludierte. Für ihn sollte der Staat im Prinzip nur einen sicheren Rahmen für individuelles Freiheits- und Besitzstreben (was die amerikanische Unabhängigkeitserklärung *pursuit of happiness* nennt) bieten.³

Laut dem aufgeklärten französischen Philosophen und Staatsdenker Montesquieu war die Freiheit am besten durch die Teilung der Gewalten (Legislative, Exekutive und Jurisdiktion) und deren gegenseitige Kontrolle garantiert, womit er die Unteilbarkeit der Souveränität in Frage stellte und einer eher abstrakten Diskussion über die Staatsgewalt einen bis heute gültigen, konkreten Inhalt gab.⁴

Am radikalsten war der aus Genf stammende Philosoph Jean-Jacques Rousseau mit seiner auf dem Gemeinwillen (*volonté générale*) basierenden ungeteilten Volkssouveränität, welche Republikanismus, Egalitarismus und das Recht auf Revolution beinhaltete. Rousseau stellt somit das Bindeglied zwischen einem den Vertragscharakter des Staats betonenden und einem

¹ Bodin, Les Six Livres de la République (1576).

² Hobbes, Leviathan (1651).

³ Locke, Two Treatises of Government (1689).

⁴ Montesquieu, De l'Esprit des Lois (1748).



Thomas Hobbes
(1588 – 1679)
zählt mit seiner
Staatslehre zu
den Klassikern
des politischen
Denkens.



Charles de Montesquieu
(1689 – 1755)
beeinflusste mit
seinem Konzept
der Gewaltenteilung
maßgeblich die
Französische Revolution und den
Parlamentarismus.

auf das Wesen des Staatsvolkes und dessen Partizipation fokussierenden Verständnisses dar.⁵

Bereits unter dem Eindruck der Französischen Revolution und angelehnt an seinen kategorischen Imperativ forderte etwa der Königsberger Philosoph Immanuel Kant einen ethisch fundierten Staat, in dem jedes Individuum Teilhaber der Souveränität sein und sich daher auch als Urheber staatlicher Macht und der Gesetze sehen können sollte. Wenn jedes Volk eine solche Republik bilden würde, könnten sich diese einmal zu einem friedentiftenden Völkerbund zusammenschließen.⁶

Für den Berliner Philosophen und Mitbegründer des deutschen Idealismus Johann G. Fichte war der Staat bloß der Organisationsverband der Nation, während das einigende Band der Liebe erst durch das Volk entstehen würde.

Trotz seiner mystischen religiösen Überhöhung des Volkes erwartete auch Fichte von der nationalen Befreiung die Vereinigung mit der ganzen Menschheit.⁷

Nachdem sämtliche Philosophen bereits von homogenen Völkern als Grundlage des Staates ausgegangen waren, kam es nach den Napoleonischen Kriegen endgültig zur

Vermählung der liberalen mit der nationalen Idee und zur Gleichsetzung *Staat = Nation = Volk*, wobei der Staat als Ausdruck der dem Volk gemeinsamen Kultur galt.

Freiheitsgarantie gegen Fremdbestimmung

Nationalismus war damals noch eine rein progressive Idee: Eine Verfassung sollte nicht nur die Freiheit von Fürsten- und Kirchenwillkür, sondern auch von nationaler Fremdbestimmung garantieren. Und wie Menschen nach individueller Freiheit dürsteten, so strebten Völker nach nationaler, wobei umgekehrt die Errichtung von Nationalstaaten die Freiheit des Einzelnen sicherstellen sollte. Nach dem souveränen Staat von 1648 war also seit 1815 der souveräne Nationalstaat das neue Ideal.

“ Und wie Menschen nach individueller Freiheit dürsteten, so strebten Völker nach nationaler, wobei umgekehrt die Errichtung von Nationalstaaten die Freiheit des Einzelnen sicherstellen sollte. “

Zwar lehnte der wohl bedeutendste Vertreter des deutschen Idealismus, Georg W.F. Hegel, den Fichte'schen Volksbegriff ab, doch indem er (ähnlich wie Plato) den Staat als die Wirklichkeit des sich weltgeschichtlich zu immer höheren Formen entwickelnden sittlichen Geistes und daher v.a. den preußischen Staat als Verkörperung des „Weltgeistes“ betrachtete,⁸ kam es im spä-

⁵ Bernard Bosanquet, *The Philosophical Theory of the State* (Kitchener, 2001).

⁶ Kant, *Metaphysik der Sitten* (1797) und *Zum ewigen Frieden* (1795).

⁷ Fichte, *Reden an die deutsche Nation* (1808). Vgl. Andreas Geier, *Hegemonie der Nation: Die gesellschaftliche Bedeutung des ideologischen Systems* (Wiesbaden, 2013).

⁸ Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1820).

teren Deutschen Reich zu einer regelrechten „Staatsvergottung“. Dies ergab jedoch einen weiteren Sinn: Wenn nämlich der Staat die Rechte seiner Subjekte gegen innere Mächte oder äussere Feinde verteidigen sollte, dann mussten diese im Notfall auch private Interessen bis hin zur Selbstopferung hintanstellen (wie es ja auch der Glaube gefordert hatte).⁹ Oder wie Rousseau individuelle Freiheit durch die Unterwerfung unter den Gemeinwillen erreicht sehen wollte.

In der Gegenwart, d.h. nach den Erfahrungen mit übertriebenem Eatismus und von totalitären Staaten gesponserten Gewaltexzessen im 20. Jh., befindet sich v.a. der nationale Staatsgedanke in einer Sinnkrise. Zwar herrscht Konsensus, dass der Staat weltanschaulich neutral sein und Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Parteivielheit garantieren soll, doch zwei Fragen sind strittig.

Zunächst ist offen, wie weit die Übertragung von Souveränität im Rahmen einer vertieften EU-Integration gehen soll: Neo-westfälischer Superstaat oder neo-mittelalterlicher Aufguss des Heiligen Römischen Reiches?¹⁰ Nur linke Integrationisten fordern pauschal das Aufgehen des Nationalstaates in einer postnationalen Superstruktur. Konkrete Vorschläge existieren jedoch kaum,¹¹ sodass auch Joschka Fischer, selbst ein Verfechter der Kerneuropa-Idee, davon ausgeht, dass der Nationalstaat noch eine Weile existieren wird.¹²

Kann ein Staat ohne Leitkultur funktionieren?

Doch selbst wenn, zweitens, der Nationalstaat bestehen bliebe und es nicht zu einem ethnisch heterogenen Staatsvolk innerhalb eines EU-Superstaates käme, wird sich die Homogenität des Volkes als des eigent-

lichen Souveräns in den Nationalstaaten aufgrund der gegenwärtigen demographischen Prozesse verändern. Ist jeder Staat somit wirklich Ausdruck einer bestimmten Volkskultur? Kann ein Staat ohne homogene Kultur oder zumindest Leitkultur des Staatsvolkes funktionieren? Und wie soll man fremde Kulturen in eine Nationalstaatskultur integrieren?

Zur Beantwortung dieser Frage seien die Stimmen von drei prominenten deutschen politischen Philosophen und Staatswissenschaftlern gehört. So meint Robert *Christian van Ooyen*, dass Kelsens Lehre vom Staat als reines Rechtssystem, welches kein homogenes Volk benötigt, das beste Modell sowohl für europäische Integration als auch für eine Zuwanderungsgesellschaft sei.¹³ *Ludwig Siep* sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer teilweisen Übertragung von Souveränität an die EU, um als Teil eines größeren Wirtschaftsblockes im globalen Wettbewerb bestehen zu können, aber fordert weiterhin eine Bringschuld der zu Integrierenden durch ein klares Bekenntnis zu den obgenannten Werten, um eine „Rückkehr der Religionen“ zu verhindern.¹⁴

Für *Rüdiger Voigt* ist der Staat weiterhin die „Institutionalisierung“ des Volkes und die Nation das einigende Band zwischen Staat und Volk, sodass eine Integration anderer Kulturen nur möglich ist, wenn sie sich klar zu den Werten der Staatsnation bekennen.¹⁵

Es handelt sich somit um eine offene Diskussion. Klar ist daran jedoch eines, nämlich dass keiner der klassischen Staatstheoretiker zur Legitimierung der Auflösung des (National)Staates herangezogen werden kann, denn trotz aller kosmopolitischen Elemente gingen sie nicht von einer Auflösung der Völker aus und sahen den Staat als deren Befreier und nicht Unterdrücker. ■

„ Nur linke Integrationisten fordern pauschal das Aufgehen des Nationalstaates in einer postnationalen Superstruktur. “



Dr. Thomas R. Grischany

studierte Geschichte in Hamburg und Wien, absolvierte die Diplomatische Akademie Wien und arbeitete im Außenamt, ehe er 2007 an der University of Chicago promovierte. Seit 2015 ist Th. Grischany Lehrbeauftragter an der Webster Vienna Private University.

⁹ <https://www.mohr.de/buch/der-staat-als-irdischer-gott-9783161538483>.

¹⁰ Jan Zielonka, *Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union* (Oxford, 2006).

¹¹ Siehe etwa: <https://www.gruene.at/themen/europa/kaiserschmarrn-und-vereinigte-staaten-von-europa> und <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/ulrike-guerot/europe-as-republic-story-of-europe-in-twenty-first-century>.

¹² <http://www.zeit.de/2013/49/schmidt-fischer-europa/seite-3>.

¹³ Van Ooyen, Hans Kelsen und die offene Gesellschaft (Wiesbaden, 2010).

¹⁴ Siep, *Der Staat als irdischer Gott: Genese und Relevanz einer Hegelschen Idee* (Tübingen, 2015).

¹⁵ Voigt, „Zwischen Leviathan und Res Publica: Der Staat des 21. Jahrhunderts“, *ZfP* 54/3 (2007), 259-71.

STAATSREFORM

-ein Déjà-vu

von Günther Scheffbeck

Zeit: 24. Februar 2017. Ort: Bundeskanzleramt, Ballhausplatz, Wien. Erste Sitzung der Arbeitsgruppe zur Staatsreform: Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer treffen zusammen, um eine Bundesstaatsreform zu initiieren. Und es kommt uns alles so bekannt vor.

„Kein schlankes Rehlein“ seien die österreichischen Verwaltungsstrukturen, erklärt Bundeskanzler Christian Kern vor den Medien und begründet damit, warum ein neuer Anlauf für ein „effizienteres Staatswesen“ unternommen werde. Zugleich die Versicherung, es ginge nicht um eine „Machtverschiebung - mehr Kompetenzen für den Bund oder die Länder“.

Aufbruch zur Jagd also und gleichzeitige Ausrufung der Schonzeit für das Jagdwild? Mangel an Konsequenz oder Einsicht in die politische Realität?

Franz Fiedler, ehemals Präsident des Rechnungshofes und Vorsitzender des „Österreich-Konvents“, legt den Finger in die Wunde: „... natürlich muss es bei einer Staatsreform Verlierer geben.“ Und er sagt auch, welche: „Wir brauchen mehr Zentralismus.“ Andreas Khol, „elder statesman“ der ÖVP, entgegnet realpolitisch: „Wer ... eine Neuordnung des Verhältnisses von Bund und Ländern zulasten der Länder verlangt, plant das neuerliche Scheitern jeder Reform.“ Betonung auf „neuerliche“!

„Staatsreform“ oder „Bundesstaatsreform“?

Die Effizienzsemantik als argumentativer Rahmen für Staatsreformprojekte ist zum



Standard geworden, und der „schlanke Staat“ zur gängigen Metapher. Nur die zoologische Transformation der Metapher ist neu. Als „vollschlank“ fallen insbesondere administrative Parallelstrukturen von Bund und Ländern ins Auge, wie sie etwa in der Sozialverwaltung bestehen. Die Wirtschaft drängt auf den Abbau von Erschwernissen, wie sie sich etwa in Anlagenehmigungsverfahren aus der Zersplitterung von Zuständigkeiten ergeben. Als Kernproblem wird seit Jahrzehnten die in der Bundesverfassung festgelegte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern erkannt, deren Reform einmal mehr auch im Regierungsprogramm für die

laufende Gesetzgebungsperiode am Beginn des Kapitels zur „Staatsreform“ steht. Das ergänzende „Regierungsprogramm 2017/18“ beziffert das von den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe erwartete gesamtstaatliche Einsparungspotential mit 1 Milliarde Euro (jährlich?) ab 1. Jänner 2018.

Seit dem „Perchtoldsdorfer Paktum“ von 1992, in dem sich Bund und Länder grundsätzlich auf eine Modernisierung der Kompetenzverteilung geeinigt hatten, sind alle Umsetzungsprojekte freilich gescheitert. Seither steht aber die „Bundesstaatsreform“ auch durchgängig im Mittelpunkt des politischen Diskurses über Staatsreform im allgemeinen.

„Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen,“ lehrt Ferdinand Lassalle: „... *geschriebene Verfassungen sind nur dann von Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind* ...“ Staats- bzw. Verfassungsreform würde somit das Ziel verfolgen, die geschriebene Verfassung, wenn durch gesellschaftliche Veränderungen erforderlich geworden, diesen gleichsam nachzuführen, die Verfassung des Staates zur Vermeidung kognitiver Dissonanzen den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen anzupassen. Ist Khol also beizupflichten? Oder fokussiert seine Sicht der Staatsreform zu sehr auf den Apparat, auf das soziale Gefüge „Staat“, in welchem Landeshauptleute kraft ihres innerparteilichen Gewichts in den auf Bundesebene regierenden politischen Parteien direkten Einfluss auf die gesamtstaatliche Willensbildung nehmen können, ohne sich dazu des institutionell dafür vorgesehenen Bundesrates bedienen zu müssen,

“ Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. “

in welchem sie aber jedenfalls eine Staatsreform schlichtweg blockieren können? Blendet die mit diesen manifesten Machtverhältnissen verknüpfte Fokussierung des Staatsreformdiskurses in Österreich auf die Diskussion über die Bundesstaatsreform nicht latente gesellschaftliche Veränderungen aus, die in einer Staatsreform zu berücksichtigen im Interesse langfristiger Vermeidung einer Desintegration des gesellschaftlichen Systems und der staatlichen Ordnung ebenso wichtig wäre?

Verfassung und „Realverfassung“

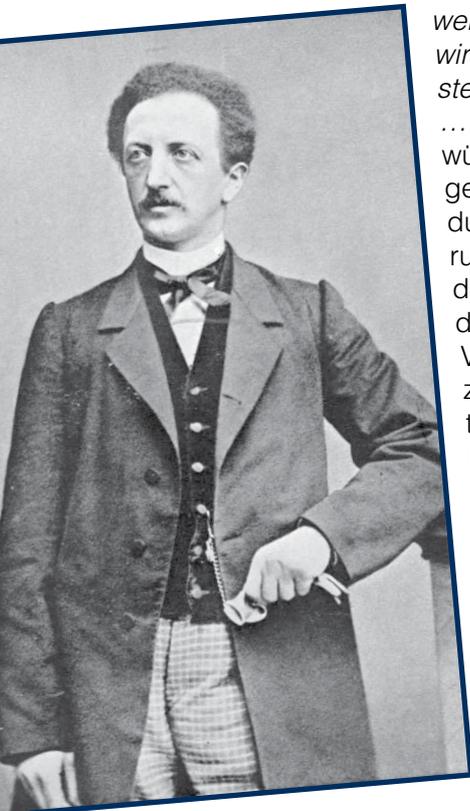
„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ So weit Art. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der präzisen Formulierung von Hans Kelsen, der damit die Gewaltsemantik des Staates durch eine Rechtssemantik ersetzt sehen wollte. „Ihr Recht geht vom Volk aus. Wann kehrt es wieder zu ihm zurück?“ So der verfassungsrechtliche Kalauer, der auf die empfundene Diskrepanz zwischen der formalen Legitimation der staatlichen Rechtsetzung durch die Mechanismen der repräsentativen Demokratie einerseits und dem materiellen Abstand zwischen staatlicher Rechtsetzung und zivilgesellschaftlichem politischem Diskurs andererseits Bezug nimmt.

Der „rot-grüne“ Journalist Günther Nenning hat, einige Jahre vor seinem Hinauswurf aus der SPÖ, die österreichische Nachkriegs-„Realverfassung“ in drei Artikeln zusammengefasst:

„Art. 1 Die Roten garantieren den Schwarzen, das bürgerlich-kapitalistische System bleibt in seinen Grundzügen irgendwie bestehen.“

Art. 2 Die Schwarzen garantieren den Roten, jedes Jahr ein paar Lohnprozente und jedes zweite ein paar neue Sozialparagrafen, das wird immer irgendwie drin sein.

Ferdinand Lassalle (1825-1864) war der Gründer der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland.



Art. 3 Schuldenmachen ist besser als Zusperrern.“

Auch diese „Realverfassung“ war unter der Wirkung geringer werdender verteilter Überschüsse sowie europäischer Vorgaben, die das Schuldenmachen ein wenig erschwert haben, zu revidieren. Aber das darin ausgedrückte Grundkonzept eines von der Zivilgesellschaft abgehobenen institutionalisierten Machtkartells wirkt nicht minder aktuell als vor über dreißig Jahren, nur angesichts der Entwicklung des Wahlverhaltens weniger legitimiert.

Zivilgesellschaftliche Partizipation als Aufgabe einer Staatsreform

Die wachsende Wählervolatilität, die Erosion der einstigen „Großparteien“ in Wähler- und Mitgliederzahlen, die Formierung neuer politischer Parteien, wenn auch zum Teil nur ephemerer Natur, abnehmende Wahlbeteiligung - all das kann als Ausdruck wachsender Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem politischen System interpretiert werden. Eine noch deutlichere Sprache spricht die Demoskopie: Der jährliche OGM-Demokratiebefund etwa wies im September 2016 einen Tiefststand des Vertrauens in die Politik aus: 31 Prozent der Befragten besaßen solches Vertrauen „gar nicht“, 51 Prozent „weniger“, 14 Prozent „eher“ und nur 4 Prozent „sehr“ (n=500; Konfidenzintervall +/- 4,5 %).

Sollte eine Re-Integration der Bürgerinnen und Bürger in das politische System angesichts dieser empirischen Werte nicht zu den vornehmlichsten Aufgaben einer Staatsreform zählen? Re-Integration durch die Möglichkeit zur Partizipation! Durch verbesserte Transparenz des Prozesses der staatlichen Willensbildung auf allen Ebenen! Und dadurch die Chance der aktiven Teilhabe an den Meinungsbildungsprozessen, in welche die staatliche Willensbildung eingebettet ist, oder unter festzulegenden Voraussetzungen sogar an der Willensbildung selbst!

Nur wenige Vorhaben wurden verwirklicht

Der „Österreich-Konvent“, das bisher ambitionierteste Unternehmen einer Staatsreform in Österreich, basierend freilich auf einem die manifesten Machtverhältnisse widerspiegelnden organisatorischen Konzept (Heinrich Neisser schrieb launig, die Lektü-



re der Mitgliederliste des Konvents gleiche „einem Spaziergang durch den Österreichischen Amtskalender“), hat sich auch mit Instrumenten der Partizipation befasst. Von den damals, in den Jahren 2003-2005, diskutierten Ideen sind nur wenige verwirklicht worden, insbesondere die Einführung der Briefwahl (schon nicht mehr jene der elektronischen Stimmabgabe) und die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Anspruchsvollere Vorhaben wie die verfassungsrechtliche Verankerung des vorparlamentarischen Begutachtungsverfahrens als eines Instruments zivilgesellschaftlicher Beteiligung am Gesetzgebungsprozess mit vierwöchiger Mindestbegutachtungsfrist oder die verschiedenen Konzepte zur

Die Bürger verlieren immer mehr Interesse an der bestehenden Politik.

Stärkung von Instrumenten der direkten Demokratie sind, wie die große Masse der im Konvent diskutierten Vorschläge, unverwirklicht geblieben.

Revolutionär waren diese Vorschläge nicht. Die meisten zählen seit Jahren oder Jahrzehnten zum Inventar des verfassungspolitischen Diskurses, wie etwa das Konzept, ab einer bestimmten Unterstützungsschwelle eine obligatorische Volksabstimmung über den Gegenstand eines Volksbegehrens vorzusehen, wenn ihm der Bundesgesetzgeber nicht Rechnung trägt. Als Dokumentation dieses Inventars leisten die Materialien des „Österreich-Konvents“ aber gute Dienste. Ein zeitgemäßer Diskurs über Partizipation hätte freilich auch auf jüngere Konzepte partizipativer Demokratie, wie etwa „*delegative democracy*“ oder „*liquid democracy*“, die

sich als „dritter Weg“ zwischen repräsentativer und plebiszitärer Demokratie verstehen, zumindest Bedacht zu nehmen.

Vor allem aber bedürfte ein zeitgemäßer Diskurs über eine umfassende Staatsreform unter Berücksichtigung der Dimension der partizipativen Demokratie auch selbst prozedural einer Einbettung in partizipative Strukturen: Weder das „Amtskalendermodell“ des Konvents noch das Modell der kleinen, mit hochrangigen Politikern und/oder hochqualifizierten Experten besetzten Arbeitsgruppe wird ohne Rückkoppelung an einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs einen Durchbruch zu einer Staatsreform erzielen können, die über Maßnahmen wie die Vereinheitlichung des Jugendschutzes oder die Beschleunigung von Anlagengenehmigungsverfahren hinausgeht. ■



Dr. Günther Schefbeck

ist Leiter der Stabsstelle „Parlamentarismusforschung“ der Parlamentsdirektion.

„Gegenfrage Eminenz“

Unösterliche Bilanz mit düsterem Vorzeichen: Im nordägyptischen Tanta und in Alexandria bersten zwei Bomben in Kirchen der koptischen Christen. Fünfzig Menschen sterben, mehr als hundert werden schwer verletzt. Ein koptischer Bischof in Deutschland fordert, junge Muslime müßten von klein auf zu Milde erzogen werden. Seine katholischen und protestantischen Amtsbrüder schweigen zum Vorfall, oder belassen es bei ein paar mahnenden Worten. Aus europäischen Asylantenheimen wird indes bekannt, dass die Christen unter den Flüchtlingen aus Nahost von islamischen Migranten schwer drangsaliert und gequält werden. Klerus und Medien nehmen davon kaum Notiz.

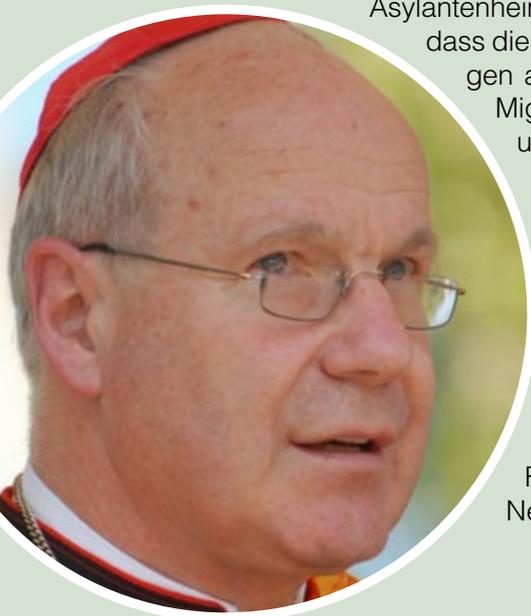
Gründonnerstag: Der Papst, Kardinal Schönborn und andere Kirchenfürsten demonstrieren mit rituellen Fußwaschungen (auch) an Flüchtlingen ihre religiöse Neutralität. In Jerusalem wird

eine britische Pilgerin von einem Muslim erstochen.

Karfreitag: Der Papst absolviert in Rom unter strengem Polizeischutz den traditionellen Kreuzweg am Kolosseum. In der Essener Thomas Moruskirche kommt es zu einem Großeinsatz der Polizei, als sich 500 betende Christen von einem islamischen Anschlag bedroht fühlen.

In Wien zerbricht sich Christoph Schönborn derweil den Kopf über „wachsenden Nationalismus und Populismus“ in Europa. Auch das „schwächelnde Christentum“ bereite ihm Sorge. Jeder Christ müsse sich fragen, was er dazu beiträgt, dass Österreich ein christliches Land bleibe.

Gegenfrage: Was tragen Sie eigentlich selbst dazu bei, Eminenz, außer leeren Worten? Bei allem Respekt vor Ihrem guten Willen: Dem gesellschaftlichen Zusammenhalt Ihres eigenen Landes haben Sie mit der Selbstaufgabe Ihrer religiösen Positionen keinen Dienst erwiesen. Sie haben als Hirte die schützenswerte Herde verwechselt. ■





DER LEITWOLF HAT DIE FÄHRTE VERLOREN

Die Deutschen: Weder Dämon, noch Hegemon,
sondern Merkel oder Schulz

von **Andreas Kirschhofer - Bozenhardt**

Die Festreden sind verhallt, der Segen des Papstes zum 60. Hochzeitsjubiläum der Europäer hat einstweilen nichts geholfen, das Stimmengewirr über den Zustand der EU bleibt babylonisch und damit widersprüchlich. Was aus dem Durcheinander weiterhin herauströnt, sind Wortraketen wie *Reform, Umbau, Rettung, Obergrenzen, Umverteilung, Neuanfang, Schuldenländer, Migration, Korruption, Islamisierung*. Beschwörende Aufrufe zur Einigkeit und Freundschaftsküsse können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU ein zerrissenes Gebilde ist, - visionslos, uneins, führungslos. Ihr Zustand hat sich seit dem deftigen Ausspruch der amerikanischen Spitzendiplomatin Victoria Nuland „*Fuck the EU*“ um keinen Deut gebessert. Das Argument, die EU ist wichtig, damit es unter den Europäern keinen Krieg mehr gibt und der Hinweis auf die Reisefreiheit innerhalb des Kontinents mit einheitlichen Zahlungsmitteln

sind, wie die Praxis zeigt, keine ausreichenden Motivationen, um über all das Trennende hinwegzusehen. Trennend sind nicht nur die verschiedenen Sprachen, sondern auch unterschiedliche Rechts- und Sozialsysteme, das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, West und Ost und nicht zuletzt die extrem unterschiedlichen kulturellen Traditionen und Lebenswirklichkeiten.

Inmitten des Gezänks taucht hin und wieder der Ruf nach einem Leitwolf auf, der dem Rudel der 27 voranläuft. Dabei richten sich scheue Blicke auf Deutschland, das der englische *Economist* lang vor der Brexitkrise als das Kraftwerk Europas bezeichnete. Die scheinbare Prädestination Deutschlands zum Leitwolf wird damit begründet, dass es nach dem Brexit und angesichts eines instabilen Frankreichs keine plausible Alternative zur deutschen Führungsrolle gibt. Der österreichische Ex-Kanzler Gusenbauer erklärte bereits vor ein paar



Jahren in einem Interview, Angela Merkel müßte in der EU das Steuer übernehmen. Im Gegensatz dazu wollte sein deutscher Parteifreund Helmut Schmidt von einer deutschen Kapitänsmütze allerdings nichts wissen, denn Deutschland sei wegen seiner geschichtlichen Belastung von einer Führungsrolle ausgeschlossen.

Von der Erbschuld der Hitlerzeit entlastet

Aus empirischer Sicht besitzt die von Schmidt seinerzeit vertretene Meinung heute keine Realitätsnähe mehr. Bereits 2005 hatte eine 6-Länderstudie des IMAS ergeben, dass die nachwachsende Generation in den ehemaligen Feindländern des 2. Weltkriegs eine Erbschuld Deutschlands für die Hitlerzeit in Abrede stellt. Vorbehalte gegen Deutschland bestehen sicherlich noch in manchen Medien und in der quasi-intellektuellen Bohème, keinesfalls aber in der breiteren Bevölkerung Eu-

ropas. Faktum ist, dass Deutschland heute nicht ohne Gefühle des Neids als eine Vorbildgesellschaft betrachtet wird. Dies nicht nur wegen des Wohlstands, sondern auch unter dem Aspekt der Rechtsstaatlichkeit und inneren Ordnung. So gesehen klang es logisch, als der neue deutsche Bundespräsident Steinmeier selbstbewußt verkündete, Deutschland sei der Anker der Hoffnung in der Welt.

The Germans to the front?

„The Germans to the front“ war übrigens schon einmal die Parole, als europäische Interventionstruppen zur Niederschlagung einer Rebellion im Kaiserreich China („Boxeraufstand“) ausrückten und der englische Admiral Seymour im Juni 1901 das deutsche Kontingent mit dem voranstehenden Zitat in die Mitte des Kampfgeschehens beorderte. Wenn heute von einem deutschen Fronteinsatz für Europa gesprochen wird, verbindet sich damit freilich nicht der

“ Faktum ist, dass Deutschland heute nicht ohne Gefühle des Neids als eine Vorbildgesellschaft betrachtet wird. “



Gedanke an soldatische Tugenden, sondern die Hoffnung, dass Deutschland als das vom Economist beschriebene Kraftwerk die Wirtschaft ankurbelt. Bei näherer Betrachtung ist eine Führungsfunktion allerdings zweischneidig und voller Brisanz. In Deutschland selbst gehen die Ansichten über die Rolle des Leitwolfs auseinander. Der prominente Politologe Herfried Münkler meint, die Funktion als europäische Zentralmacht sei Deutschland schicksalhaft zugefallen, jedoch nicht wünschenswert. Die dramatisch angewachsenen Zentrifugalkräfte in der EU zu bändigen und die unterschiedlichen Interessen von Nord-, Süd-, Ost- und Westeuropäern zusammenzuführen, gleiche einer Quadratur des Kreises.

Auch Dirk Schümer von der großen Tageszeitung *Die Welt* betrachtet die EU mit tiefem Pessimismus und meint, Europa werde auf Dauer weder eine mediterrane Rückständigkeit, noch eine deutsche Hegemonie verkraften. Wie wolle man den Karren ziehen, in dem das wirtschaftlich kranke Italien und das reformbedürftige Frankreich sitzen? Wenn Italien mit seinem maroden Süden einmal in ähnliche Zahlungsnot gerät

wie Athen, werde es dieses Europa in fünf bis zehn Jahren nicht mehr geben. Schümer prognostiziert, dass sich die Nationalstaaten immer mehr Souveränitäten aus dem europäischen Verbund herausholen und im Zweifel sogar die eigenen Währungen neu beleben werden. Dies würde dann nicht ohne Konflikte, wechselseitigen Hass oder sogar Austritten ablaufen. Erst nach dieser schmerzhaften Entflechtung werde ein Europa der Nationen wieder handlungs- und entschlossenfähig sein.

Ein dritter Autor, Prof. Bernd Hüppauf (Berlin) vertritt die Meinung, Europa sei nach den Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen der Hegemonie entwachsen und das Denken müsse sich in anderen Bahnen bewegen. Ausgangspunkt dürfe nicht länger die Rolle einer Zentralmacht sein, der die Aufgabe zufällt, die Probleme Europas zu lösen und die anderen Staaten in die Rolle der Subalternen drängt. Es komme darauf an, das dezentralisierte System zum Ausgangspunkt der Überlegungen zu machen und dessen Funktionieren sicherzustellen. Die Frage nach dem „Alternativkandidaten“ für die unwillige Zentralmacht Deutschland

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

war Stellv. Chefredakteur einer großen Tageszeitung und in weiterer Folge am Institut für Demoskopie Allensbach tätig, wo er zum Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle-Neumann zählte. In dieser Zeit als Berater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Mitgestalter einer Informationsstrategie der NATO. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS-International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen.

stelle sich also gar nicht. Erst wenn eine Zukunft jenseits der Hegemonie und Subalternität gedacht wird, könnten gegenwärtige Krisen bewältigt werden. Diese Ansicht wirkt etwas realitätsfern, denn in jeder Art von Gemeinschaft bildet sich unweigerlich ein Machtzentrum, jemand, der den Ton angibt und Autorität gewinnt. Auf die aktuelle Situation bezogen ist anzumerken, dass der ständig wachsende Exportüberschuss Deutschlands eine Eigendynamik besitzt, die das Recht des Stärkeren provoziert.

Die Deutschen haben ein anderes Europagefühl

Was in der Diskussion über die Causa Leitwolf nicht übersehen werden darf, sind die unterschiedlichen Gefühlsbeziehungen zu Europa. Die Deutschen betraten die EU nach den Geschehnissen vor 1945 im Büßerhemd. Obwohl sie es in der politischen und diplomatischen Praxis mittlerweile abgelegt haben und niemand mehr dauerhafte Demutsgesten von ihnen erwartet, hat sich in Deutschland ein anderes Europagefühl erhalten. Kennzeichnend dafür ist die vergleichsweise große Neigung, in der EU eine identitätsstiftende Einrichtung im Sinne des Gründungsideals von 1957 zu sehen, dessen zentraler Gedanke es war, jahrhundertalte Feindschaften (insbesondere mit Frankreich) zu begraben. Mit ihrem Harmoniebedürfnis stehen die Deutschen allerdings ziemlich allein da. In England werden die Gegner des Brexits nicht müde zu behaupten, dass Deutschland die Briten mit den Folgen des Brexits abstrafen möchte. In Warschau erklärte Regierungschef Kaczynski, die von den Polen abgelehnte Wiederwahl des EU-Ratspräsidenten Tusk zeige, wie sehr Deutschland die EU dominiert. Die EU selbst rügt Berlin wegen der hohen Exportüberschüsse, die Visegradstaaten machen. Frau Merkel für die katastrophalen Folgen ihrer Zuwanderungspolitik verantwortlich und sträuben sich, die Zeche dafür zu zahlen.

Das offizielle Deutschland erhebt seinerseits gern den Zeigefinger gegen Großbritannien (Motto: „*Seht, was passiert, wenn man aus der Reihe tanzt*“) oder richtet den strafenden Blick auf Victor Orban und andere Osteuropäer, die sich weigern, die von Berlin gründlich versalzene Suppe auszulöffeln.

Man kann es drehen, wie man will - wir erleben ein Zeitalter der nationalen Alleingänge. Europa ist weder eine Polit- noch Kulturgemeinschaft, sondern entfernt sich davon. Prof. Manfred Groh erinnerte in diesem Zusammenhang in der FAZ daran, dass der Nationalstaat gegenüber dem Ständestaat anfänglich als Hort von Demokratie und Liberalismus gepriesen wurde. Der Weg führe heute zurück zum Europa der Vaterländer mit einzelnen vertraglich vergemeinschafteten Bereichen.

Und Deutschland? Nun, es hätte als Zivilisationsriese und Ankerstaat in der Mitte des Kontinents die Chance, die Kraft, aber auch die Pflicht, den 2015 angerichteten Schaden zu reparieren. Dies allerdings nicht durch die Rückbesinnung auf die Wertvorstellungen und nicht zuletzt die Interessen der eigenen Bevölkerung.

“ Der Weg führe heute zurück zum Europa der Vaterländer mit einzelnen vertraglich vergemeinschafteten Bereichen. “

Ob das in der gegenwärtigen personellen und politischen Konstellation in Deutschland Aussicht hat,

verwirklicht zu werden, und ob es überhaupt auf der Agenda steht, ist freilich mit einem großen Fragezeichen versehen. Berlin als Leitwolf Europas hat, wie die Anzeichen befürchten lassen, seine vor zwei Jahren verlorene Fährte einstweilen nicht wiedergefunden. Deutschland in seiner heutigen Realität ist in vielen Belangen vorbildhaft, wohlhabend und ein Schrittmacher für den wirtschaftlichen Organismus des Kontinents. Es ist erfreulicheweise kein Dämon, aber auch kein Hegemon mit gestaltender Kraft. Es ist Merkel oder Schulz. Leider nur Merkel oder Schulz. ■

PARAGRAPHEN MIT MORSCHEN ZÄHNEN

Unser Strafrecht ist nicht mehr situationsgemäß und bietet keinen ausreichenden Schutz gegen Gewaltverbrechen, Sexualdelikte, Drogenhandel und Kindesmissbrauch – Überbetonung des Gleichheitsgedankens geht zu Lasten der Freiheit

Hoch lebe der Zweifel, denn er ist ein unerlässliches Element des Fortschritts und der wissenschaftlichen Gesinnung. Ohne die Bereitschaft, Bestehendes und Gewohntes auf seine Brauchbarkeit zu überprüfen und wenn nötig in Frage zu stellen, lassen sich keine Verbesserungen erzielen. In diesem Sinne war der Zweifel bereits für René Descartes ein aufklärerisches Ideal. Sogar Alexander van der Bellen machte in seiner Antrittsrede als Bundespräsident deutlich, dass man in der Wissenschaft alles sollte in Zweifel ziehen dürfen, um Neues zu entdecken.

Was für die Wissenschaft gilt, muß auch für das Justizwesen Bestand haben. Auch da muss es möglich sein, Überkommenes zu hinterfragen und, falls nötig, durch Besseres zu ersetzen. Wer sich unter den Experten und Praktikern der Rechtspflege umhört, gewinnt den Eindruck, dass auf diesem Gebiet nicht nur Vieles, sondern Allzuvieles kritisch gesehen wird..

Hypertrophe Diskriminierungsverbote

Charakteristisch für das gegenwärtige Rechtswesen ist ganz allgemein eine starke Zunahme von Minderheitenschutz und Gleichheitsrechten wie z.B. der Schutz von ethnischen Randgruppen (Sinti, Roma) und Homosexuellen.

In der einschlägigen Gesetzgebung ist ein Übergewicht linksliberaler Ideen gegenüber





Unser Strafgesetz bietet zu wenig Schutz gegen sexuelle Übergriffe und andere Rechtsverstöße.

bürgerlich-konservativen Denkweisen spürbar. Prototypisch dafür ist die Bestimmung, dass ein Arbeitgeber in einem Stellenangebot keinen Wunsch nach dem Geschlecht des Bewerbers erkennbar machen darf. Die Überbetonung des Gleichheitsgedanken geht vielfach zu Lasten der Freiheit.

Die Vermutung liegt nahe, dass die sich überschlagenden Diskriminierungsverbote in einem diametralen Gegensatz zum öffentlichen Bewusstsein stehen und der Bevölkerung Anlass zu Misstrauen und Unzufriedenheit mit der Rechtsordnung geben. Aus einem beinahe schon krankhaften Gleichbehandlungsbedürfnis heraus werden ungleiche Sachverhalte oft nicht mehr ungleich geregelt. Bezeichnend dafür sind Ehe und gleichgeschlechtliche Partnerschaft.

Justiz und Zuwanderung

Das Streben nach Verfeinerung unserer

Rechtsordnung hat auch zu Auswüchsen geführt. Überzogen sind beispielsweise die Appellationsmöglichkeiten an übergeordnete Instanzen. Dies hat vor allem im Zusammenhang mit der starken Zuwanderung und dem Flüchtlingswesen eine Reihe schwerwiegender Nachteile für den Staat zur Folge.

“ In der einschlägigen Gesetzgebung ist ein Übergewicht linksliberaler Ideen gegenüber bürgerlich-konservativen Denkweisen spürbar.“

Kennzeichnend für die Situation ist, dass die asylsuchenden Orientalen und Afrikaner von der Möglichkeit, Rechtsmittel gegen Bescheide einzulegen, auch bei Aussichtslosigkeit sehr ausgiebig Gebrauch machen, um Zeit zu gewinnen und

Entscheidungen zu verzögern. Dies führt im Rechtswesen zu hohen Kosten und einer enormen administrativen Überlastung sowie zur Bindung von Arbeitsenergien. Verschärft wird die Situation durch die üblicherweise geringe Sprachkenntnis von Flüchtlingen und ausländischen Straftätern. Eine Folge davon ist u. a. der außerordent-

lich kostenintensive, zeitraubende Einsatz von Dolmetschern.

Ein spezieller Aspekt für die heutige Gerichtspraxis ergibt sich aus dem unterschiedlichen Religions- und Rechtsverständnis der zugewanderten Ethnien. Viele der hier begangenen Straftaten, beispielsweise Gewaltakte unter religiösen Aspekten innerhalb von Familien, unterliegen im Herkunftsland einer völlig anderen Bewertung als in Österreich.

Es sollte außer Streit stehen, dass in Österreich kompromisslos nach dem bei uns geltenden Recht geurteilt wird und ein fremdes Rechts- und Kulturverständnis nicht als Milderungsgrund in richterliche Entscheidungen einfließen darf. Von Beobachtern wird allerdings bezweifelt, dass diese Maxime im gerichtlichen Alltag auch tatsächlich lückenlos befolgt wird.

Zeitschinderei mit zusätzlichen Kosten

Die Gegenwart wird begleitet von einem Anstieg der Kriminalität, insbesondere im Bereich von Gewaltdelikten, Drogenhandel, sexuellen Verbrechen und Kindesmissbräuchen. Dieser Tatsache begegnet der Staat mit zum Teil zahnlosen Gesetzen, die keine Generalprävention gewährleisten, sondern von gewaltbereiten Menschen mit großer krimineller Energie oft belächelt werden. Bereits vor knapp zwei Jahrzehnten (1999) und in späteren Erhebungen forderte die Mehrheit der Österreicher in IMAS-Umfragen strengere Maßstäbe in der Rechtsprechung.

Unsere Gesetze genügen jedenfalls nicht mehr ihrer Aufgabe, die Gesellschaft ausreichend vor dem weiteren Anstieg von Verbrechen zu schützen, und sie entsprechen auch nicht dem Normenbewusstsein der Österreicher. Die Bevölkerung versteht nicht, warum Gewalttäter, Sexualverbre-

cher, Kinderschänder und nicht zuletzt linksradikale Chaoten, die das Demonstrationsrecht mißbrauchen, Sachbeschädigungen verursachen und die Polizei mit Steinen bewerfen, oft auf freiem Fuß angezeigt werden und mit milden Strafen davonkommen.

“ Es sollte außer Streit stehen, dass in Österreich kompromißlos nach dem bei uns geltenden Recht geurteilt wird “

Der Staat reagiert merkwürdig hilflos auf das Geschehen. Angesichts dieser Situation erinnerte der namhafte Rechtsanwalt und Publizist Tassilo Wallentin in einem aufrüttelnden Kommentar in der Kron-

zeitung an den New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani, der 2001 mit einer „Null-Toleranz-Politik“ das Verbrechen in der Millionenstadt am East River erfolgreich bekämpft hat. Angelehnt an Giuliani schlug Wallentin eine Reihe von Maßnahmen vor, die seiner Meinung nach auch in Österreich der Sicherheit der Bürger gut tun würden. Dazu zählt u.a., dass Asylwerber, die als Drogendealer, Bandenmitglieder oder religiösem Terrorismus straffällig wurden, nach Verbüßung der Strafe im Schnellverfahren abzuschließen sind, dass bei sexueller Belästigung immer Untersuchungshaft zu verhängen ist, dass Polizisten mit vielen Aufgriffen einen finanziellen Bonus erhalten und dass Gewaltverbrecher, Einbrecher und Diebe während der Haft arbeiten müssen und jeder von ihnen verdiente Cent der Schadentilgung ihrer Opfer zugute kommt.

Erstaunlicherweise werden derartige Vorschläge, wiewohl von kompetenter Quelle stammend und an prominenter Stelle plazierte, von der Politik nicht zur Kenntnis genommen. Das nach jeder verlorenen Wahl von den Politikern angestimmte Klagelied: *“Wir haben zu wenig in die Bevölkerung hineingehört“* und *„Wir müssen den Bürger ernst nehmen“*, ist in Wirklichkeit nicht mehr als eine Pose und Posse. Eine Farce. ■

empiricus



IN DER WERKSTATT DER POLITIK

Ein Gespräch über den parlamentarischen Alltag und freiheitliche Positionen

Parteien und Politiker stehen unter dem Dauerverdacht, den Wählerwillen nicht ordnungsgemäß zu vollziehen. Das Misstrauen ist ein ständiger Begleiter der Volksvertreter und erscheint einprogrammiert in das demokratische Geschehen. Das Erscheinungsbild der Politik ist allerdings eindimensional und leitet sich im wesentlichen ab von öffentlichen Auftritten, talk shows oder der Auslegung politischer Vorgänge durch die Medien. Kaum bekannt ist dem Wähler, wie es in den Werkstätten der Politik zugeht. Dem Attersee-Report bot sich beim Vorhaben, einen Blick hinter die Kulissen des Parlaments zu werfen, die Chance, Auskünfte aus erster Hand zu erhalten, denn der neue Präsident des Atterseekreises verbringt seinen beruflichen Alltag an einem Schalthebel des Geschehens.

„Herr Mag. Nemeth, Sie sind Klubdirektor einer österreichischen Partei und kennen

daher das parlamentarische Getriebe von innen. Worin unterscheidet sich Ihrer Meinung nach der Alltag eines Abgeordneten von dem eines Angestellten oder Beamten? Was ist für das Politikerleben ganz allgemein typisch?“

In der Öffentlichkeit herrscht oft die irrije Meinung vor, der Arbeitsalltag eines Abgeordneten sei mit dem eines unselbständig Erwerbstätigen vergleichbar. Tatsächlich sind die Abläufe im Parlament sehr unregelmäßig, einer Ausschusswoche folgt eine Plenarwoche, dazwischen sollen die Mitglieder des Hohen Hauses ihre Wahlkreise betreuen. Parallel dazu müssen sie sich um ihre Parteibasis kümmern. Das ist ein Aufgabenbündel, das den meisten Bürgern unbekannt ist. Darüber hinaus darf man nicht übersehen, dass viele Abgeordnete auch einen Beruf ausüben. Der Anteil an Freiberuflern ist in der FPÖ besonders hoch.

„Wieviel Spielraum verbleibt einem Politiker eigentlich für Familie und Privatleben?“

Diese Frage kann man unmöglich für alle Abgeordneten gleich beantworten. Einem Spitzenpolitiker, der zum Beispiel auch Obmann seiner Partei ist, wird deutlich weniger Zeit bleiben als einem Abgeordneten, der in seiner Partei oder in seinem Wahlkreis eine weniger wichtige Rolle spielt. Grundsätzlich ist der Job aber sehr zeit- und nervenraubend und es gibt sicherlich eine ganze Reihe von familienfreundlicheren Erwerbsmöglichkeiten.

„Wenn ein Politiker den Großteil seiner Zeit mit Sitzungen, Beratungen, Abstimmungen, Telefonaten und Kontakten mit Wählern oder Funktionären verbringen muß, stellt sich auch die Frage, wieviel Zeit und Arbeitsenergie dann für die Informationsaufnahme verbleibt. Im Klartext: Wie schaffen es Mandatäre, sich auf dem Laufenden zu halten über das was politisch in der Welt geschieht und was sie zur Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit wissen müssen?“

Der Großteil der Abgeordnetentätigkeit spielt sich in den sehr arbeits- und zeitintensiven Ausschüssen ab. Der Nationalrat hat 40 davon; Untersuchungsausschüsse nicht eingerechnet. In der Praxis sollen die Abgeordneten in jenen Materien, die in "ihren" Ausschüssen beraten werden, firm sein. Bei der Beurteilung der anderen Materien verlässt man sich meist auf die Einschätzung der Klubkollegen und der Fachreferenten. Über besonders wichtige Vorlagen muss freilich jeder detailliert

Bescheid wissen. Schließlich müssen die Abgeordneten ihr Abstimmungsverhalten in ihren Wahlkreisen erklären.

„Wie beurteilen Sie die Informationsqualität unserer Print- und AV-Medien für die Orientierung über das Zeitgeschehen? Ist die Lektüre der Tagespresse und das Verfolgen von ORF-Sendungen gewinnbringend und ausgewogen?“

Die Lektüre der Tagespresse spielt mittlerweile eine völlig untergeordnete Rolle, zumal die "sozialen Medien" viel schneller sind. Die eine oder andere Zeitung hat sich allerdings im Wege einer guten online-Ausgabe eine gewisse Restgravität bewahrt. Der Begriff "newspaper" ist mittlerweile von rein historischer Bedeutung. Das selbe gilt im Großen und Ganzen auch für den ORF. Eine Ausnahme gilt vielleicht für die Ö1-Journale. Als ausgewogen kann die Berichterstattung in den "Systemmedien", das sind alle, die auf öffentliche Förderungen und Inserate angewiesen sind, mit Sicherheit nicht beurteilt werden. Journalisten haben längst aufgehört, über Politik zu berichten und sind dazu übergegangen, selbst Politik zu machen. Und diese Politik ist links, ein Blick auf die Ergebnisse der Personalvertretungswahlen in den Redakteursstuben ist da sehr aufschlussreich.

„Man muß wohl davon ausgehen, dass die Abgeordneten von den Dingen, über die sie im Parlament abstimmen, manchmal ein sehr geringes Wissen besitzen. Nehmen wir als Beispiel den im Jahr 2007 unterzeichneten Reformvertrag von Lissabon, der ja die Handlungsgrundlage der EU-Mitgliedstaaten darstellt. Als

„Der Großteil der Abgeordnetentätigkeit spielt sich in den sehr arbeits- und zeitintensiven Ausschüssen ab. Der Nationalrat hat 40 davon...“



ParlRat Mag. Norbert Nemeth

sich das IMAS damals bei den österreichischen Parlamentariern nach ihrer Kenntnis des Reformvertrags erkundigte, wußten nur 26 Prozent, was im Vertragsentwurf steht, über den sie abgestimmt haben. Wie sehen Sie das Problem eines oft unzureichenden Wissens der Parlamentarier über Abstimmungsinhalte?“

Man soll die Abgeordneten da nicht unterschätzen. Der Lissabon-Vertrag ist auf Grund seiner Komplexität sicher ein Extrembeispiel. Viele parlamentarische Inhalte werden in Enqueten und Ausschusshearings sehr genau erörtert. Bei allen ist das aber allein aufgrund der Quantität nicht möglich. In einer Gesetzgebungsperiode begegnen uns circa 16.000 Anfragen, 2.400 selbständige Anträge, 1.900 Entschlüsse und 400 Gesetze. Manchmal wird den Parlamentariern der Zugang zu den relevanten Informationen allerdings auch erschwert. In den CETA-Entwurf darf man nur unter drakonischen Bedingungen Einsicht nehmen - in einen Text, der aus tausenden Seiten besteht und im sperrigsten Vertragsenglisch verfasst ist. Kopien darf man keine mitnehmen, auch die Einbindung von Mitarbeitern ist verboten. Unter solchen Bedingungen kann man sich nicht ausreichend informieren. Dass sich die Mehrheit der Abgeordneten das gefallen läßt, ist mir schleierhaft.

„Die EU befindet sich seit Jahrzehnten aus vielerlei Gründen untereinander im Streit. Dazu kommt neuerdings das Abrücken der USA unter Trump vom ‚Nachkriegswesten‘. Wie ist Ihre Prognose: Wird die EU unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in Zukunft enger zusammenrücken, oder beschleunigt sich eher die Zerfallstendenz?“

Ich glaube, dass hier die Rolle des neuen US-Präsidenten überschätzt wird. Die EU hat sich durch eigenes Unvermögen längst in eine Sackgasse hineinmanövriert. Maßgeblich dafür ist die undifferenzierte Mas-

senzuwanderung der letzten Jahre und der Umgang mit der Eurokrise. Da wie dort wird man das Gefühl nicht los, dass die demokratisch nicht legitimierten EU-Eliten nicht europäische sondern andere Interessen vertreten. Ob dieser Vertrauensverlust überhaupt noch sanierbar ist, weiß ich nicht. Möglicherweise wird die EU künftig aus zwei Gruppen bestehen - einer Kerngruppe aus stärker integrierten Industriestaaten und einem loser assoziierten Rest.

„Wie ist eigentlich die Grundposition der Freiheitlichen zur Europäischen Union: Geht es der FPÖ um den Austritt aus der EU, also einen ‚Öxit‘, oder um eine gründliche Reform des Bündnisses mit dem Ziel, in der europäischen Gemeinschaft zu verbleiben?“

Der FPÖ geht es definitiv nicht um den Austritt aus der EU, sondern um eine Reform der Verträge. Was die FPÖ immer schon gewollt hat, ist ein Ausbau der direkten Demokratie bis hin zu einer echten Volksinitiative, also der Möglichkeit, gegen den Willen des Parlamentes Recht zu setzen. Daraus konstruiert der eine oder andere, die FPÖ sei für einen EU-Austritt, was falsch ist.

„Ist das Streben nach Bewahrung unserer Lebensart, unserer Spielregeln mit der Idee der Europäischen Gemeinschaft Ihrer Ansicht nach vereinbar, oder gibt es im Grunde nur ein Entweder/Oder, also entweder Nationalstaat oder EU?“

Unsere Vision ist eine Union, deren Mitgliedsstaaten auf völkerrechtlicher Basis möglichst eng zusammenarbeiten. Das macht vor allem im Bereich der Ökonomie einen Sinn. Einen Europäischen Superstaat, der die traditionellen Mitgliedsstaaten als souveräne Völkerrechtssubjekte komplett ablöst, lehnen wir ab. Das hat vor allem demokratiepolitische und rechtsstaatliche Gründe. Eine problematische Rolle spielen der EuGH und auf der Ebene des Europarates der Gerichts-

“ In einer Gesetzgebungsperiode begegnen uns circa 16.000 Anfragen, 2.400 selbständige Anträge, 1.900 Entschlüsse und 400 Gesetze. “

“ Der FPÖ geht es definitiv nicht um den Austritt aus der EU, sondern um eine Reform der Verträge. “

hof für Menschenrechte. Beide Institutionen sind für das Mißtrauen der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich verantwortlich, zumal sie ihre Kompetenzen überschreiten und nicht Recht sprechen sondern Recht setzen - und das geht fast ausnahmslos zu Lasten der Institution Nationalstaat.

„Eine Frage zur Innenpolitik: was sind Ihrer Ansicht nach die schwersten Fehler und Versäumnisse der rot/schwarzen Koalition in den letzten Jahren?“

Seit dem Wiedererstehen der großen Koalition vor zehn Jahren hat sich eine Tendenz maßgeblich verstärkt, nämlich dass man als Österreicher das Gefühl hat, im eigenen Land nichts mehr wert zu sein. Die vor zehn Jahren wiedererstandene große Koalition hat uns auf die Rolle von Steuerzahlern reduziert. Durften wir unsere Steuern früher noch für Projekte im eigenen Interesse abliefern, so sind es nun fremde Interessen, für die wir liefern müssen. Das spüren die Menschen sehr genau und fragen sich zunehmend, wer denn eigentlich Politik für unsere Leute macht? Der Umgang mit der "Flüchtlingskrise" hat da freilich dem Faß den Boden ausgeschlagen.

„Die Koalition von SPÖ und ÖVP hat ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik ja radikal geändert und die Forderungen der FPÖ prak-

tisch ohne Abstriche übernommen. Was früher als rechtsradikal verschrieen wurde, ist plötzlich offizielle Politik. Glauben Sie, dass der Richtungswechsel der rot-schwarzen Regierung in der Migrationspolitik auch ohne die Führungsrolle der FPÖ und sozusagen aus eigener Vernunft erfolgt wäre, oder wäre ohne die Freiheitlichen alles beim alten, also bei der Willkommenspolitik geblieben?“

Da muß ich widersprechen. Die Regierung hat gar nichts geändert. Sie tut lediglich so, als hätte sie etwas geändert, spricht also mit gespaltener Zunge. Ein Beispiel ist die Debatte um die Asyl-Obergrenze. Da wird suggeriert, man wolle den Zuzug von überwiegend unproduktiven Fremden stoppen. Tatsächlich geht es aber nur darum, wie viele Asylverfahren pro Jahr eröffnet werden sollen. Es geht also nicht um die Frage, wie viele Fremde jedes Jahr kommen dürfen - und gepflegt werden müssen - sondern es geht um die Frage, wie viele Aktendeckel unter dem Titel Asyl aufgeschlagen werden. Das ist ein medialer Trick, sonst gar nichts. Ich sehe viel Kosmetik, aber keine ehrliche Abkehr von der Willkommenskultur. Eine echte Richtungsänderung wird es erst unter einer FPÖ Regierungsbeteiligung unter Heinz-Christian Strache geben, ebenso wie es eine solche unter Dr. Haibuchner in Oberösterreich gab. ■

“ Seit dem Wiedererstehen der großen Koalition vor zehn Jahren hat sich eine Tendenz maßgeblich verstärkt, nämlich dass man als Österreicher das Gefühl hat, im eigenen Land nichts mehr wert zu sein. “



Am sozialen Pranger:

ELITE OHNE NOBLESSE



Nur **37%**
halten die Bosse
von Unternehmen
für glaubwürdig.

Die Begleitmusik zum heurigen Weltwirtschaftsforum, das rund 3000 Teilnehmer aus Industrie, Handel und Dienstleistungen nach Davos gelockt hatte, klang nicht gerade fröhlich. Die Noblen der Wirtschaftswelt mußten aus den Ergebnisse einer internationalen Studie zur Kenntnis

nehmen, dass die Menschen in 28 Ländern ihr Vertrauen in Manager, Politiker und Institutionen mehrheitlich verloren haben. Im Schnitt halten nur noch 37 Prozent der Bewohner die Bosse von Unternehmen für glaubwürdig. Auch an den Institutionen nagt der moralische Zweifel.

Die Befunde decken sich in ihrer Tendenz mit Beobachtungen in Deutschland, wo nahezu zwei Fünftel der Bevölkerung den internationalen Konzernen und Banken einen bestimmenden Einfluss auf das künftige Wohl und Wehe der Bevölkerung zuordnen. Der mystifizierten Macht von Wirtschaft und Geld wird laut IMAS ein ungleich größeres Gewicht beigemessen als den Medien, den Vereinten Nationen, den Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die Bürger sind über diese Situation zutiefst verärgert und würden sie im Grunde gern ändern.

Als ein Schwerpunktproblem der Gegenwart wird, wie sich in Diskussionen immer wieder zeigt, die global verfestigte Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand ins Treffen geführt. In Deutschland wurde errechnet, dass Manager 54mal so viel verdienen wie Angestellte von DAX-Konzernen. Im Durchschnitt kassierten die Manager für das Geschäftsjahr 2014 rund 3,4 Mio Euro. Als Spitzenverdiener galt bislang Martin Winterkorn (VW), der im Vorjahr eine Gesamtvergütung von 16 Mio Euro auf seinem Konto verbuchte. Inzwischen erhält er ein Ruhegehalt von 1,2 Mio € pro Jahr. Auch in der österreichischen Wirtschaft können sich die Abgeltungen der Chefs sehen lassen. So durfte sich beispielsweise der vom Öl- und Gaskonzern OMV vorzeitig ausscheidende Chef Gerhard Roiss über eine Abfertigung von 6,35 Millionen Euro plus Boni und fetter Pension freuen. Dennoch liegen die deutschen und österreichischen Managerbezüge deutlich unter denen in den USA. Microsoft-Boss Nadella schaffte 2014 beispielsweise 63,4 Millionen Euro, inklusive der Aktienpakete, auf die er zugreifen kann.

Aus dem Verdruss der Bevölkerung am Einkommen und Einfluss des „Establishments“ läßt sich natürlich politisches Kapital schlagen. Folgerichtig hat der neue SPD-

Chef Martin Schulz eine Begrenzung der Managerbezüge gefordert. Dahinter steckt freilich eine gehörige Portion Heuchelei. Schulz täte gut daran, die Gehaltsexzesse im EU-Getriebe offenzulegen und dabei auch Einkehr zu halten in das, was er persönlich an Bezügen, Privilegien und Spesen in Brüssel lukrierte.

Wann ist genug?

Es entspricht sicherlich nicht dem Naturell der wirtschaftlichen Nobility, ihre Einkünfte selbst bei Erfolglosigkeit als ungerechtfertigt zu empfinden. Das Verhalten des US-Milliardärs Andrew Carnegie, der vor mehr als hundert Jahren erklärte „*Wer in Reichtum stirbt, stirbt in Schande*“ und sein Rieservermögen dann in Stiftungen für wohltätige Zwecke umwandelte, hat einstweilen nur wenige Nachahmer gefunden. Zu denen, die sich durch Selbstzweifel bemerkbar machten, gehört der Unilever-Boss Paul Polman. Seine trockene Feststellung „*Ich verdiene zu viel*“ klingt angesichts eines Jah-

reseinkommens von rund 10 Mio € für den Normalbürger in der Tat sehr plausibel. Im Kreis der Standesgenossen dürfte das Selbstbekenntnis hingegen auf wenig Zustimmung gestoßen

sein. Mit versteinerten Mienen wird man in den Chefetagen auch die Ansicht des Holländers zur Kenntnis genommen haben, dass extrem hohe Gehälter aus Managern keine besseren Unternehmensführer machen.

Wann kann man eigentlich von einem sinnvollen Verhältnis des Einkommens zwischen Oben und Unten sprechen? Über dieses Problem wurde schon in der Antike nachgedacht. Platon sah die zulässige,

verträgliche Grenze der Ungleichheit im 3-4-fachen der einfachen Bürger. Mit dieser

“ In Deutschland wurde errechnet, dass Manager 54mal so viel verdienen wie Angestellte von DAX-Konzernen.“





“ Der Begriff „gentlemanlike“ wurde im England des 19. Jahrhunderts geradezu zum Synonym für Ehrenhaftigkeit und Anständigkeit. “

Ansicht würde der griechische Philosoph heute allerdings belächelt werden.

Symbolhaftes Systemversagen

Es ist außer Zweifel, dass die breite Kluft zwischen den Spitzeneinkommen und dem Lohnniveau der Normalbürger in der Bevölkerung tiefen Verdruss bewirkt. Schon vor fünf Jahren erklärten 47 Prozent der Erwachsenen dem IMAS: „*Das Gewinnstreben in der Wirtschaft hat unmenschliche Züge angenommen*“. Jeder Dritte zählt das schrankenlose Gewinndenken zu den großen Bedrohungen und Zukunftsgefahren.

Das IfD-Allensbach registrierte in diesem Zusammenhang eine seit Jahrzehnten sinkende Bereitschaft, soziale Ungleichheit hinzunehmen. Im Kommentar dazu hieß es, Reichtum werde kaum weniger als die Armut als ein bekämpfenswertes Übel betrachtet.

Dem Erscheinungsbild der Manager kommt in der gegenwärtigen Situation eine große Bedeutung zu, da sie von den Medien gewöhnlich als prototypisch für die Elite dargestellt werden. Nach Ansicht von Benedikt Herles sind entartete Verhaltensweisen von Managern dabei, der Gesellschaft als Ganzes zu schaden. Herles, der selbst eine hochkarätige Wirtschaftsausbildung durchlaufen hatte, kritisiert in seinem Buch „*Die kaputte Elite*“ mit scharfen Worten, dass junge Manager schon im Studium auf materielle Gier eingeschworen werden. Bei all dem stellt sich freilich die Frage, ob die Einengung des Elitebegriffs auf eine einzige Berufsgruppe gerechtfertigt ist.

Spurensuche nach den Eliten

Elite hat im Laufe der Jahrhunderte die verschiedensten Deutungen erfahren, die zumeist mit Macht, Einfluss und Militär zusammenhängen. In der jüngeren Vergangenheit wurde Elite auch mit organisierten Sozialsystemen in Zusammenhang gebracht wie z.B. „*Eliteschulen*“, „*Eliteuniversitäten*“, „*Führungskader*“ u.a. Dazu kommen Verei-

ne oder Verbände, die ihre Mitglieder einem Ausleseverfahren unterziehen, wie etwa die Rotarier.

In den modernen Gesellschaftswissenschaften hat sich zum Losungswort „Elite“ der erweiternde Begriff „Oberschicht“ gesellt. Ziemlich uneinig ist man sich allerdings über das statistische Volumen dieser Kategorie. Da gibt es Autoren, die allen Ernstes nur Top-Managern und Spitzenpolitikern die Logenplätze in der Gesellschaft zugestehen, andere (wie etwa die Verfasser der Mannheimer und Potsdamer Elitestudien), legten dem Kreis der Ausgewählten die willkürlich gewählte Zahl von Personen (4000 für Deutschland) zugrunde. Wieder andere (Dahrendorf, Moore, Kleining) legten den Anteil der Elitären in spekulativen Verhältniszahlen zwischen 1 und 5 Prozent der Bevölkerung fest. Wo die Trennungslinie zur Masse verläuft, ist letztlich Ermessenssache. Wenig befriedigend ist es in jedem Fall, bei der Zugehörigkeit zur Elite ausschließlich sozialstatistische Rangabzeichen und nicht auch bestimmte Verhaltenweisen heranzuziehen.

Eliten früherer Zeiten entwickelten in der Absicht, sich abzugrenzen, einen speziellen Habitus. Identitätsstiftend waren Adelsprädikate, bestimmte Kleidungen, Wohnstile oder die Zugehörigkeit zu auserwählten Regimentern, Circles oder Vereinigungen. Natürlich hatte die Abschottung nach „unten“ auch negative Folgen wie Arroganz, Überheblichkeit oder Dekadenz. Dennoch sollte man die Vorzüge des „noblesse oblige“ für die Welt von gestern - (beispielsweise in Form von Mäzenatentum) - nicht unterschätzen. Vor allem das England des 19. Jahrhunderts lieferte dafür eindrucksvolle Bestätigungen, indem es das gentleman-Ideal in Public schools und Colleges zum Erziehungsziel erhob. Der Begriff „gentlemanlike“ wurde geradezu zum Synonym für Ehrenhaftigkeit und Anständigkeit.

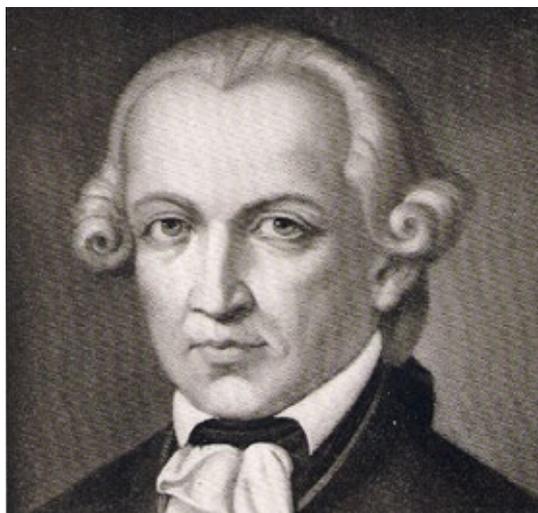
Verlorenes Normenbewusstsein

Hierzulande stellt sich die Situation heute so dar, dass es in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik zwar Personen und Personengruppen mit augenscheinlich elitären Merkmalen, aber kein verbindliches Verständnis für ein modernes und gesellschaftsadaequates Eliterverhalten gibt. Man erkennt sich an bestimmten Merkmalen - Titeln, Funktionen, Einflußmöglichkeiten - aber man hat kein Gruppengefühl und folgt keinen unausgesprochenen Verhaltensnormen, keinem „gewissen Etwas“, das Raffgier, soziale Rücksichtslosigkeit und andere Untugenden von vornherein ausschließt.

“ In den modernen Gesellschaftswissenschaften hat sich zum Losungswort „Elite“ der erweiternde Begriff „Oberschicht“ gesellt. “

Elite kann sich im Grunde in verschiedenartiger Weise bekunden: durch Besitz, Einkommen, hohe soziale Positionen, Bildung, politischen Einfluss, familiäre Herkunft und Lebensart. Unabdingbar ist es, dass sie sich nicht im Streben nach finanzieller Macht und Einfluss erschöpft. Wodurch sich Elite auszuweisen hat, ist die erfüllte Pflicht gegenüber der Gemeinschaft und Vorbildhaftigkeit. Was unsere Zeit benötigt, ist die sittliche Idee im Sinne Kants. Zu reformieren ist weniger das System als die Moral. ■

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt



Was unsere Zeit benötigt, ist die sittliche Idee im Sinne Kants.

Reflex auf den Attersee-Report Nr. 10

AM TOR ZU EINER

Im nachstehenden Diskussionsbeitrag befaßt sich der deutsche Politik- und Sozialwissenschaftler RUPRECHT KAMPE mit dem Schwerpunktthema „Am Tor zu einer anderen Zeit“ (Attersee-Report Nr. 10/Dez. 2016) und spricht dabei zusätzliche Problemaspekte an. Darüber hinaus bietet sein Kommentar einen höchst interessanten Einblick in eine besondere Form von Diskussionskultur.

Sie konstatieren in Ihrem Kommentar zur gesellschaftlichen Gesamtsituation ein „*Höchstmaß an Instabilität*“ und zählen dazu eine Reihe von Indizien auf: Die Entsolidarisierung der westlichen Welt, das partielle Scheitern der Integration von Flüchtlingen aus den islamischen und afrikanischen Ländern, die Herausbildung von Parallelgesellschaften, die Geburtenarmut der nichtislamischen europäischen Bevölkerung (eine besondere Ausnahme bildet hier vor allem Frankreich), ferner zunehmende Ohnmachtsgefühle der Bürger, Versagen der Eliten, innergesellschaftliche Abgrenzungen, Säkularisierung der westlichen Welt, leere Kirchenbänke bei *überquellenden Moscheen*. Da kann man nicht widersprechen.

Zu den Auflösungserscheinungen bisheriger Ordnungen kommen global wirksame Faktoren wie der Klimawandel, die anhaltende Bevölkerungsexplosion in den islamischen und afrikanischen Ländern, die dortige Ausbreitung des Scharia-Islam im Zusammenhang korrupter Regierungen und failed states und als Folge wachsende Flüchtlingszahlen und zunehmende Terrorismusneigung. Schließlich ist auch eine weltweite Ausbreitung mafioser Strukturen zu beobachten. Die Liste ließe sich fortsetzen; denn zu den traurigen Merkmalen des angebrochenen Anthropozän gehören auch die rasche Vernichtung der Urwälder, die Verringerung der Bodenfruchtbarkeit, die Ausbreitung der Wüsten- und Steppengebiete, die Überfischung der Meere und ihre Vermüllung mit Plastikstoffen, eine be-

denkliche Zunahme der Trinkwasserknappheit usw.

Unbedingt zu erwähnen wäre auch die rasante Entwicklung der Kriegstechnik durch die neuen Möglichkeiten des Cyberwar, die Roboterwaffen und Automatisierung der Kriegstechnik und die wachsenden Möglichkeiten einer verdeckter Kriegsführung, während es gleichzeitig immer schwieriger wird, die internationale Kontrolle über die ABC-Waffen aufrecht zu erhalten.

10 | Dezember 2016

„Am Tor zu einer
anderen Zeit“

ANDEREN ZEIT

Ein besonderes Problem stellt überdies der zunehmende Mißbrauch des Internets sowohl durch Regierungen als auch durch Verbrecher und letztlich sogar den gewöhnlichen Bürger dar. Erschreckend ist die Zunahme von „Fake News“, von Propaganda und die Anstachelung zu Haß und Gewalt gegen Andersdenkende, die Verleumdung anderer, die Verrohung der Sprache und die lustvolle Außerkraftsetzung jeglicher Affektkontrolle.

Die Umkehr der Bedeutung von Pflicht

Man glaubt sich durch all dies in eine andere Welt versetzt, wenn man heute beispielsweise Herders Briefe zur Beförderung der Humanität liest.

In diesen Schriften hat er wie die damaligen deutschen Reformpädagogen neben der Erziehung des Verstandes auch die des Herzens bzw. der Gefühle und der Anlagen zur Empathie gefordert. Gleichzeitig stellt er fest, dass die Menschenrechte alles Lob verdienen, allerdings nur dann, wenn sich damit die Anerkennung von Menschenpflichten verbindet. Diese Denkweise steht im Gegensatz zur heutigen antiautoritären Erziehung, für die das Wort „Pflicht“ ein Unwort ist.

Diskussion nur mit Gleichgesinnten?

Auf gleicher Linie liegt die heutige „political correctness“, zu der neuerdings auch der Schutz der Studierenden vor unliebsamen Geschichten und Gedanken gehört. Studierende beschwerten sich bei Universitätsleitungen, dass ihnen in Vorlesungen und Seminaren Texte zugemutet werden, (z.B. Ovids Metamorphosen oder Philosophen, die rassistische Meinungen geäußert haben usw.), vor denen sie geschützt sein wollen - und sie bekommen recht. So auch hier in Marburg, wo der Evolutionsbiologe Kutschera aus Kassel, der als Gastprofessor in Stanford lehrt und internationale Reputation genießt, einen Vortrag zum Kreationismus halten sollte. Daraufhin beschwerten sich die Universitätsbeauftragte und andere, dass ein Vortrag dieses Mannes unakzeptabel sei, da er ein Buch über das Genderthema geschrieben habe, in welchem er in unwissenschaftlicher Weise Genderisten beleidigt und Genderforschung als „Pseudowissenschaft“ bezeichnet habe.

Die Universitätsleitung knickte ein und lud ihn wieder aus. Da dieser Vortrag im Rahmen des Studiums Generale sich auch an die Marburger Öffentlichkeit gerichtet hätte, löste der Vorfall Empörung in einer Flut von Leserbriefen aus. Auf den Vorschlag,

„Erschreckend ist die Zunahme von „Fake News“, von Propaganda und die Anstachelung zu Haß und Gewalt gegen Andersdenkende.“



**Attersee-
REPORT**

Protokoll einer Wende

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
**Umzug in den
politischen Nebentrakt**

dann doch wenigstens ein wissenschaftliches Streitgespräch zwischen Kutschera und einem Mitglied des hiesigen Gender-Zentrums zu veranstalten, um den Zuhörern eine objektive Beurteilung der Standpunkte zu ermöglichen, wurde er von den hiesigen Genderforscherinnen abgelehnt. Die Begründung lautete, dass man mit jemandem, der solch polemische und unwissenschaftliche Thesen vertrete, nicht diskutieren wolle. Also Diskussionen nur mit Gleichgesinnten?

Bibel in „gerechter Sprache“

In diese ganze Entwicklung paßt auch die vor wenigen Jahren erschienene, von Feministen begeistert begrüßte *„Bibel in gerechter Sprache“*. Der ehemalige EKD-Vorsitzende, Bischof Huber, erklärte sie zurecht für *„Lug“*, ganz im Unterschied zu seiner Nachfolgerin, Frau Käßmann, die die Neuübersetzung begrüßte. In Wahrheit erinnerte das Ganze, wie zurecht bemerkt wurde, an das Wahrheitsministerium in Orwells *„1984“*, das alle alten Texte gemäß der nunmehr geltenden Sprachregelung umschreiben ließ.

Für mich sind das alles Anzeichen einer geistigen Verwirrung oder, um es vorsichtiger auszudrücken, eines Verlustes an vernunftbestimmter Urteilskraft, wozu leider unser heutiges Erziehungs- und Bildungssystem auf seine Weise beiträgt. Ein weites Themenfeld! Schlimm auch für die Demokratie und die demokratische Willensbildung; denn diese setzt um der Lebensfähigkeit einer *„demokratischen Republik“* willen eine aufgeklärte und informierte Wählerschaft voraus. Letzteres wird jedoch immer unwahrscheinlicher, zumal Zeitungen und Zeitschriften mit Hintergrundinformationen gar nicht mehr gelesen werden. Kurzinformationen auf dem Smartphone bilden häufig die alleinige Informationsbasis. Angereichert wird das karge Informationsmenü mit Fake-News und Verschwörungstheorien im Internet. Ein wahrhaft fruchtbarer Boden für die Wirksamkeit von Demagogen.

Was die im Attersee-Report angesprochene *„Säkularisierung“* betrifft, so sehe ich bei diesem Problem ein Dilemma. Zum einen bilden die ethischen Maximen Jesu, dieser *„Leuchte des Judentums“* (Pinchas Lapide, jüdischer Religionsphilosoph) nach wie vor einen unverzichtbaren Beitrag zu einem humanen Leben. Soweit die Kirchen zu deren Bewahrung beitragen, erfüllen sie auch eine gerade in unserer Zeit gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe. Sobald sie aber an ihren teilweise vernunftwidrigen Dogmen oder Glaubenssätzen festhalten (z.B. im Apostolischen Glaubensbekenntnis), dürfen sie sich nicht wundern, wenn immer mehr Bürger damit nichts anfangen können und die Gotteshäuser verlassen. ■

Dr. Ruprecht Kampe

wirkte zunächst als Physiker und Mathematiker in Hamburg. Nach einem Zweitstudium der Politikwissenschaft verlagerte sich seine Tätigkeit in Forschung und Lehre auf die Universität Marburg. Sein Hauptinteresse gilt dem Verständnis gesellschaftspolitischer Prozesse.



BIBEL
in
gerechter
Sprache

“
Der ehemalige EKD-Vorsitzende, Bischof Huber, erklärte sie zurecht für *„Lug“*, ganz im Unterschied zu seiner Nachfolgerin, Frau Käßmann, die die Neuübersetzung begrüßte.

MINT, MINT, MINT - IST DAS ALLES ?



Wer im heutigen Geschehen mitreden und von seiner Umgebung ernst genommen werden möchte, muß eine e-mail-Adresse haben, jederzeit erreichbar sein, die Anwendungsfunktionen seines Smartphones im Schlaf beherrschen und darüber Bescheid wissen, was Begriffe wie *Cyber security*, *WLAN*, *CPS-Systems* oder *crowd investing* bedeuten. Je müheloser er mit den Künsten der Moderne zurecht kommt und die digitalen Finessen versteht, umso größer die Vorteile im Alltag. Der moderne Mensch ist im Eilschritt bereits selbst zu einem Bestandteil des lautstark propagierten Zukunftsmodells „4.0“ geworden. Damit unterscheidet er sich in seinen Verhaltensweisen und in seinem Daseinsgefühl zunehmend von dem der Eltern, Großeltern und Urgroßeltern.

Noch vor einem halben Jahrhundert beherrschte der im klassischen Sinne geformte Bildungsbürger, dem bisweilen ein intellektueller Snobismus anhaftete, die Szene. Wer im 20. Jht. oder davor als gebildet erscheinen wollte, zitierte Leitsätze aus den Metamorphosen Ovids oder gefiel sich im beiläufigen Einstreuen von lateinischen Aperçues. „*Quid novi ex Africa?*“ eignete sich zum Beispiel als scherzhafte Einleitung eines Gesprächs mit einem, der gerade

von einer Reise zurückgekehrt war. Mit „*de gustibus non est disputandum*“ ließ sich die eigene Festigkeit in einer Geschmacksfrage untermauern. Bis zum Überdruß strapaziert wurden Sprüche wie „*pecunia non olet*“, wengleich die Wenigsten gewußt haben dürften, dass die Redewendung auf den Kaiser Vespasian zurückgeht, der in seiner Geldgier die Bedürfnisanstalten im alten Rom besteuern ließ. Gängig im bildungsbürgerlichen small talk vergangener Jahrzehnte waren überdies geflügelte Worte, die ihren Ursprung in berühmten Dramen hatten. Man bediente sich ihrer nach dem Muster: „*Wie sagte doch Schiller im Wilhelm Tell...*“? Oder: „*Schon Shakespeare wußte, es ist was faul im Staate Dänemark*“.

Wichtig für die soziale Geltung war nicht zuletzt, eine Kenntnis darüber zu besitzen, was gerade in Burg und Oper gespielt wurde, wie Gustav Gründgens den FAUST „*anlegte*“, oder der charismatische Werner Krauß als Phillip II. in Schillers Don Carlos wirkte.

Abschied vom Humboldt'schen Ideal ?

Mit lateinischen Zitaten oder Literaturwissen kann man den heutigen Powerpoint-Akrobaten und Meistern des Cloud-computing nicht

“ Noch vor einem halben Jahrhundert beherrschte der im klassischen Sinne geformte Bildungsbürger, dem bisweilen ein intellektueller Snobismus anhaftete, die Szene.“

mehr imponieren. Bereits in der Grundschule grenzt sich die moderne Wissensaufnahme von jener der Groß- und Urgroßeltern ab. Es ist kein Zufall, dass die Ressortministerin Hammerschmid das Schlagwort „Schule 4.0“ sogar für ABC-Schützen ausgeheckt hat.

Was bedeutet das alles? Kommt humanistisches Wissen und das Humboldt'sche Bildungsideal aus der Mode? Wird es allmählich zu einem verstaubenden Exponat im Museum der Bildungsgeschichte?

Die Notwendigkeit von technologischem Wissen als Rüstzeug für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist unbestritten. Dennoch stellt sich die Frage, ob eine höhere Stufe der Zivilisation praktisch ausschließlich über MINT erreichbar ist. Wer das Geschehen aufmerksam verfolgt, gewinnt den Eindruck, dass sich die moderne Wissensvermittlung einseitig auf die in den MINT-Fächern versammelten Nützlichkeitsüberlegungen verlagert. Gefragt ist nicht mehr der umfassend gebildete Polyhistor mit wissenschaftlichen, aber auch kulturellen Neigungen, sondern der nüchterne Spezialist, der die Welt aus dem Blickwinkel von 0/1 abwägt. Das moderne Bildungsideal scheint sich alternativlos in die Richtung eines Optimierens von rein ökonomischer Ratio zu entwickeln. Ist der auf das Abwägen von Vor- und Nachteilen getrimmte *homo oeconomicus* aber der wünschbare Hauptdarsteller im sozialen Getriebe von morgen? Können wir unsere mentalen Empfindungen ausleben und uns in unserer Lebensart wohlfühlen, ohne uns ein Wissen anzueignen, das sich nicht zwanghaft in mathematischen Formeln ausdrückt?

Zweifel sind angebracht. Die digitale Welt ist bei näherer Betrachtung nicht nur ein Dorado des Komforts, sondern auch ein riesiges Manövriertfeld für Manipulationen, schwer erkennbaren Betrug, Desinformation,

Täuschung, Verschleierung und Verlust unserer Privatsphäre mithilfe ausgeklügelter Spähsysteme. Nichts kann darüber hinwegtäuschen, dass die digitalen Anwendungsmöglichkeiten auch das Genom des Bösen in sich tragen. Die kürzlich bekannt gewordenen Möglichkeiten, Kinderspielzeug und Fernsehgeräte zu verwanzen, oder Fahrzeuge elektronisch fehlerzuleiten und Unfälle herbeizuführen, lassen schauern.

Ein Fazit: Wir benötigen in Wirklichkeit nicht nur Roboter, die uns den Alltag bequemer machen und industrielle Produktionsprozesse automatisieren, sondern eine ganze Reihe anderer Dinge, die unserem mentalen Wohlbefinden gut tun. Fortschritt hat nicht nur dann einen Sinn, wenn durch wissenschaftliche Erkenntnisse das Leben verlängert wird, sondern wenn es auch lebenswert bleibt. Der Beweis dafür, dass MINT und die Zauberformel 4.0 einen Beitrag zum mentalen Behagen zwischenmenschlicher Harmonie leisten werden, steht noch aus. Das gilt auch für die Arbeitswelt. Die sozialen Umbrüche, die mit der digitalen Revolution einhergehen, fristen in den Bedeutungskatalogen einstweilen ein Schattendasein. Sie lassen sich jedoch nicht ausklammern und verdrängen. Das Bedrohungsszenario lautet im

“Nichts kann darüber hinwegtäuschen, dass die digitalen Anwendungsmöglichkeiten auch das Genom des Bösen in sich tragen.“

Klartext: „Kommt nach dem Manchesterliberalismus ein Roboterkapitalismus?“

In dieser Fragestellung liegt zugleich die Antwort darauf, warum wir neben dem Schwerpunkt MINT die alternativen Bildungsfächer nicht vernachlässigen dürfen. Wir benötigen sie, um uns der Gefahren der Roboterkultur bewußt zu werden und ihre finsternen Seiten ins Licht zu rücken. Nicht zuletzt sind sie nötig, um der Politik die Augen für die drohenden Untiefen im sozialen Getriebe zu öffnen. Mit dem Blinzeln allein ist es nicht getan. ■

Aul



GIF IM INTERNET

Die Softwareteufel namens Bots durchfluten das Internet und vergiften das Bewusstsein - Ein Blick in die Hexenküche der Cyberkriminalität

von **Tanja Leopold**

Sie sind ihrem Wesen nach kleine Softwareteufel, stiften Verwirrung, verursachen immensen Schaden und treiben ihr Unwesen nicht nur in den sozialen Netzwerken. Ihr Charakteristikum besteht darin, dass sie sich in eine glaubwürdige Informationsquelle verkleiden, um falsche Nachrichten zu verbreiten, die geeignet sind, beste-

hende Überzeugungen von Menschen in Zweifel zu ziehen, oder ganz und gar neue Meinungen zu bilden. Es werden realistisch wirkende Accounts mit Profilbild, Posts und Followern erstellt, die auch anderen Nutzern folgen und man spricht dann von „*Social Bots*“. Sie sind in jedem Fall ein Instrument der Manipulation. Social Bots setzen pro-



grammierte Informationen ab und reagieren auf spezifische Hashtags-Schlagwörter. Sie kommunizieren selbständig mit anderen Menschen und das Programm entscheidet, was gesagt und wie reagiert wird.



Für normale Benutzer erscheint es somit nicht mehr erkennbar, ob ein Beitrag in sozialen Medien (Twitter und anderen Kurznachrichtendiensten) von einer natürlichen Person stammt, oder von einem Computer. Bots posten in rascher Folge Werbung oder Links. Grundsätzlich gelingt ihnen ihre Tarnung in Kurznachrichtendiensten besser, da sie dort weniger Fähigkeiten benötigen, eine echte Konversation vorzugaukeln. Würde man dort Bots über einen längere Zeit beobachten, könnte man sie erkennen.

“ Bereits jetzt sind weltweit einige hundert Millionen Rechner betroffen und Botnets gehören zu den größten illegalen Geldquellen der Cyberkriminellen.

„Botmaster“. Sie stehlen mittels ihrer illegalen Botnets persönliche und vertrauliche Daten. Um einen seriösen Anschein zu erwe-

cken, tarnen sie sich über gefälschte Webadressen, E-Mails-Links oder SMS. Es werden Fischzüge und Angriffe mit Spam Mails verübt, um den Empfänger auszuspionieren und die gesammelten Daten an den böswilligen Botmaster zurückzusenden. Die Beute besteht vornehmlich aus Kreditkartennummern,

Kontonummern und andere persönliche Daten, Spionage und Klickbetrug.

Potentielle Ziele von Bots sind außer Messengerdiensten auch Dating Netzwerke. Als echter User getarnt, stellt der Fake Account eine Freundschaftsanfrage. Wird diese angenommen, lesen die Bots private Informationen des Users heraus und sammeln sie. Wenn mehrere Bot-Programme miteinander kommunizieren, nennt man diese „Botnet“. Auf der ganzen Welt verbinden sich von kriminellen Elementen manipulierte Rechner zu riesigen Netzwerken. Dieses Netz von infizierten Computern wird von Botmastern ferngesteuert und für illegale Machenschaften missbraucht. Bereits jetzt sind weltweit einige hundert Millionen Rechner betroffen und Botnets gehören zu den größten illegalen Geldquellen der Cyberkriminellen.

Cyberkriminelle, die böartige Bots, („Botnet“ = *automatisiertes Computerschadprogramm*), betreiben und kontrollieren, nennt man „Botherder“ oder

Zur Manipulation von Meinungen und politischer Stimmungsmache im Internet wird eine Armee von Bots eingesetzt, die immer wieder das gleiche Hashtag verwendet. Damit ist es möglich, die Themen-Agenda, also gewissermaßen die politische Tagesordnung, zu bestimmen.



Wenn sich plötzlich tausende Bots auf Twitter über #.XXY unterhalten, kann der Hash-tag Bedeutung in der öffentlichen Diskussion erlangen, obwohl es das Thema .XXY zuvor gar nicht gegeben hat. Ein Thema erscheint plötzlich größer als es seiner Bedeutung entspricht. Echte Nutzer schließen sich dann einer solchen Fake-Bewegung an, weil sie diese irrtümlich als eine echte Mehrheitsmeinung begreifen.

Politische Manipulation

Es liegt auf der Hand, dass politische Bots eine akute Bedrohung für demokratische Meinungsbildungsprozesse darstellen und der Massenbeeinflussung Tür und Tor öffnen. Sie sind darauf programmiert, für oder gegen eine Partei Stimmung zu machen. Seit dem Wahlkampf um die US-Präsidentschaft 2016 werden wir immer häufiger mit Meldungen konfrontiert, dass Meinungen durch Bots beeinflusst werden und Auswirkung auf das Wählerverhalten vermuten lassen. Laut einer Untersuchung der Universität Oxford war nach dem ersten TV Duell zwischen Clinton und Trump mehr als ein Drittel der Tweets (37,2 %) für Trump computergesteuert; bei Clinton betrug dieser Anteil 22,3%.

“ Es liegt auf der Hand, dass politische Bots eine akute Bedrohung für demokratische Meinungsbildungsprozesse darstellen und der Massenbeeinflussung Tür und Tor öffnen.

Bots verfälschen überdies Statistiken.

Die Zuverlässigkeit einer Information läßt sich da nicht von Facebook oder Twitter-Accounts ablesen. Facebook erlaubt explizit für seinen Messenger sogenannte „Chatbots“ und lässt diese mit den Nutzern interagieren. Die Verweildauer des

Nutzers ist möglicherweise das Ziel, um den Marktwert zu erhöhen, da eine Analysefunktion der Bot-Aktivitäten für Unternehmenskunden angeboten wird.

Wie kann man sich gegen die gut gemachte Täuschung eines Meinungsroboters wehren? Wichtig ist es vor allem, kritisch prüfen aus welchen Quellen Nachrichten kommen und wer einem was und warum mitteilt, um nicht zum Datenopfer zu werden.

Laufen uns die Roboter davon?

Der israelische Experte und Erfolgsautor Yuval Noah Harari schreibt, dass unser Wissen heute in halbsprecherischer Geschwindigkeit wächst und es theoretisch möglich wäre, die Welt besser zu verstehen. Doch es geschieht das Gegenteil. Harari wirft die Fragen auf, was mit der Demokratie passieren wird, wenn Google und Facebook unsere Vorlieben und unser politischen Einstellungen besser kennen als wir selbst. Und er fragt, was aus dem Wohlfahrtsstaat wird, wenn Computer die Menschen vom Arbeitsmarkt verdrängen und eine gigantische Klasse der „Unnützen“ geschaffen wird.

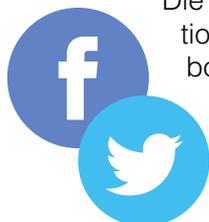
Die Interaktion zwischen Mensch und Computer tritt mit weitreichenden Folgen immer mehr in den Vordergrund. Die Gesellschaft hinkt jedoch der technischen In-

novation hinterher, da sich die Sichtweisen der Menschen erst an die neuen Technologien anpassen müssen. Wird die Anpassung jemals gelingen?

Ein grundsätzliches Problem besteht nach Harari in den ungleichen Entwicklungschancen von Mensch und Roboter. Während das menschliche Denkvermögen aus biologischen Gründen gleich bleibt, ist der selbstregelnde Mechanismus der künstlichen Intelligenz unbegrenzt ausbaufähig. Das Computerwissen, so scheint es, läuft dem menschlichen Wissen davon. Es fällt unter diesen Umständen schwer, die Furchtvorstellung vor einem immer mächtiger werdenden Monster zu verdrängen. ■



Tanja Leopold ist selbständige Unternehmerin in Freilassing und eine kritische Beobachterin des Zeitgeschehens, insbesondere auf die Folgewirkungen der technologischen Revolution auf Arbeitswelt und Gesellschaft.





Kulturminister
Thomas Drozda
empört mit seinem
Umbenennungs-
Vorschlag.

>HELDENPLATZ< ALS ROTER PLATZ?

Es geschah ausgerechnet an einem Tag, an dem die Narren ihre Späße trieben und Faschingsgilden die Menschen erheiterten. Was der Kulturminister Thomas Drozda in seinem Interview mit der Presse zeitgleich zum Besten gab, klang anfangs ebenfalls recht komisch, war aber nicht als Scherz gemeint. Es ist Drozda im Gegenteil bitterer Ernst, den Wiener Heldenplatz in „Platz der Republik“ oder „Platz der Demokratie“ umzutauften. Begründung: Die Bezeichnung „Heldenplatz“ sei ein historisch belasteter Begriff.

Die finstere Idee hat Empörung ausgelöst und wird von der Bevölkerung nahezu einhellig verurteilt. Man könnte den Fall somit als eine Episode und als mißlungenen Auftritt eines politischen Nebendarstellers abhaken, wenn sich hinter dem Vorhaben nicht ein Zeitverständnis demaskieren würde, das nicht undiskutiert bleiben darf.

Was Drozda antreibt, ist die von Linken und Grünen mit wachsendem Eifer praktizierte Strategie, alles, was auch nur einen entfernten Zusammenhang mit dem Bekenntnis zum eigenen Land und eigener Lebensart

vermuten läßt, als bössartigen Nationalismus zu verteufeln und auszumerzen. Diese Strategie ist eng verkettet mit dem Denkschema des Lehrmeisters der berühmten „Frankfurter Schule“ Adorno, der schon vor 50 Jahren einen radikalen Bruch mit traditionellen Wertvorstellungen verlangt hatte, um einen neuen Menschentyp zu formen. Die rotgrünen Epigonen Adornos sind nun dabei, sich mit geradezu hysterischen Zügen in die vermeintliche Gefahr eines Neo-Nationalismus zu verbeißen und alle Kennzeichen von Heimatverbundenheit zu tilgen. Zum pathologischen Denken dieser Art von politischer Korrektheit paßt der bisweilen aufflammende Versuch, auch auf Ortsfriedhöfen die Kriegerdenkmäler und Erinnerungstafeln mit den Namen der in den beiden Weltkriegen gefallenen Bewohner in Frage zu stellen.

Was der SPÖ-Minister Drozda nicht zu akzeptieren scheint ist, dass „Heldenplatz“ einen zwar vordergründigen Bezug zu den beiden auf den Monumenten abgebildeten Heerführern aufweist, in Wirklichkeit aber symbolhaft die Erinnerung an alle jene jungen Menschen ausdrückt, die im Laufe un-

serer langen Geschichte auf den Höhen von Kolin, in Königgrätz, Peterwardein, am Isonzo oder auch in Stalingrad auf elende Weise verreckt, verhungert oder erfroren sind. In der Forderung nach Umbenennung des Heldenplatzes steckt letztlich die Verweigerung der Ehrfurcht gegenüber all denen, die ihr Leben hingegeben haben für das, was sie liebten und für verteidigungswürdig hielten. Drozda bestraft Menschen, die für eine seiner Meinung nach falsche Idee gestorben sind. Darüber hinaus stellt das Ansinnen des Ministers eine Mißachtung des Leids von Familien dar, die im 2. Weltkrieg ihren Vater, Großvater, Ehemann oder einen sonstigen engen Verwandten verloren haben. In einer 1995 durchgeführten IMAS-Untersuchung gaben nicht weniger als 43 Prozent der Österreicher den Verlust eines oder sogar mehrerer enger Angehöriger durch Kriegseinwirkungen zu Protokoll.

Soldatentod wofür?

Das eigentlich abscheuliche Vorhaben des Ministers führt zur Frage nach der Sinnhaftigkeit des Soldatentodes in der heutigen Zeit und nach der Rechtmäßigkeit der Staatsführung, das Leben seiner Bürger in Uniform einzufordern. Was könnte der EU-besessene Herr Bundespräsident beispielsweise einem Rekruten antworten, wenn er von ihm gefragt wird, wofür er als Wehrdiener gegebenenfalls sein Leben riskieren soll? Worin bestehen die heutigen Ideale, wenn der Begriff „Vaterland“ von oben her laufend verunglimpft und unsere Identität und Geschichte von der eigenen politischen Führung geleugnet wird? Möchte der Minister Drozda einem jungen Wehrdiener einreden, dass die EU als brauchbares Ersatzmotiv für den Einsatz des eigenen Lebens taugt?

Radetzky marsch – eine unbedenkliche Melodie?

Im übrigen: Wenn Herr Drozda offenkundig

„Sogar der Sport könnte den fanatischen Eifer gegen alles Eigenstaatliche zu spüren bekommen.“

alles entsorgen möchte, was nach bösem Nationalismus schmeckt, warum dann nicht auch andere Symbole unserer rot-weiß-roten Identität, wie zum Beispiel den Radetzky marsch? Darf die schmissige Strauß-Melodie beim Neujahrskonzert der Philharmoniker den Zuhörern weiterhin ohne politische Bedenken in die Glieder

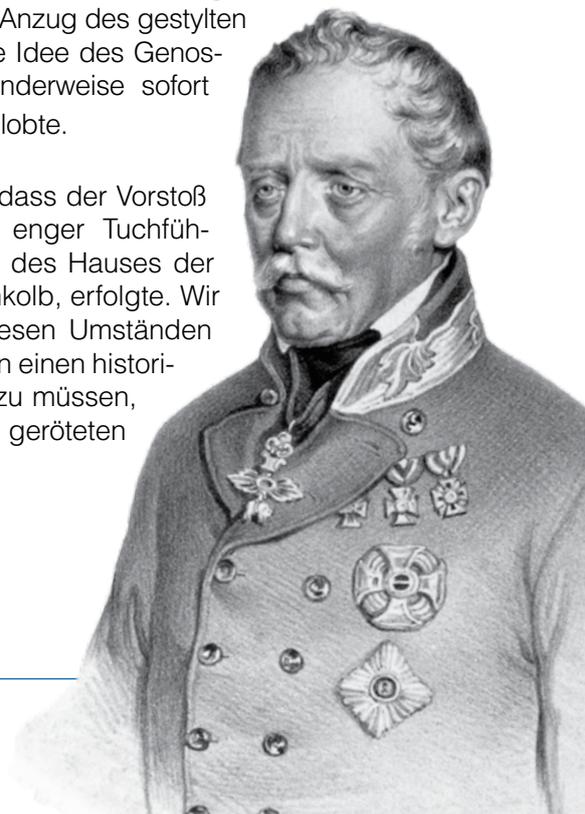
gehen, wo doch der Feldherr als Oberbefehlshaber unserer Truppen in der Lombardei und Venetien nach linker Lesart nationalistisches Unwesen getrieben hatte? Sogar der Sport könnte den fanatischen Eifer gegen alles Eigenstaatliche zu spüren bekommen. Darf man zum Beispiel den Wunderkicker Schnecklerl Prohaska in Zukunft noch als ehemaligen „Nationalspieler“ bezeichnen, oder sollte man sich mit dem Begriff „Republikspieler“ anfreunden? Der Lächerlichkeit sind keine Grenzen gesetzt. Es wäre freilich schön, wenn man es beim Spott für Drozdas Blamage belassen dürfte. In Wirklichkeit hat das Problem eine sehr ernste und weitreichende Bedeutung.

Mit der Absicht, den Heldenplatz umzubenennen, ist alles in allem die Tendenz zum Verändern und Umdeuten unserer Geschichte in ein grelles Licht gerückt worden. Kein Zweifel: Unsere Vergangenheit soll glattgebügelt werden, bis sie so faltenlos und geschmiegelt wirkt wie der Anzug des gestylten Bundeskanzlers, der die Idee des Genossen Drozda bezeichnenderweise sofort als „diskussionswürdig“ lobte.

Es ist auch kein Zufall, dass der Vorstoß des Kulturministers in enger Tuchfühlung mit dem Gestalter des Hauses der Geschichte, Oliver Rathkolb, erfolgte. Wir sollten uns unter all diesen Umständen darauf einrichten, bald in einen historischen Spiegel blicken zu müssen, der uns mit unnatürlich geröteten Gesichtern zeigt. ■

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Der österreichische Feldmarschall Josef Wenzel Radetzky wird sich wohl im Grabe drehen...





POLITISCHER FREVEL IM KLASSENZIMMER

Das war eine Lehrstunde, die keine demokratische „1“ verdient und im wahrsten Sinne nicht Schule machen darf.

Zur Erinnerung: Ein Linzer Gymnasium lädt einen sogenannten Extremismus-Experten zu einem Vortrag über sein Fachgebiet ein. Der unter der Tarnkappe der Wissenschaftlichkeit eingeschleuste Mann beginnt vor den Jugendlichen ein linkes Weltbild auszubreiten und in diesem Zusammenhang die Freiheitliche Partei in übler Weise zu verunglimpfen. Sie ist seiner Deutung nach extremistisch, demokratiefeindlich, böse und steht auf einer Stufe mit „Grauen Wölfen“, den einstigen Ustascha-Faschisten, und den Salafisten. Ein Schüler - (er entstammt einer freiheitlichen Familie) - findet den Vortrag unerträglich und alarmiert seinen Vater. Dieser interveniert und bewirkt den Abbruch der Referats. Nun stellt sich heraus, dass der Vortragende in Wirklichkeit ein Politiker der GRÜNEN ist, der die Gelegenheit nutzte, für seine Partei Stimmung zu machen und den politischen Hauptgegner zu diskreditieren.

Der Vorfall löst bei der verleumdeten Partei verständlicherweise Empörung aus, zumal er auf der Linie von Repressionen liegt, mit denen die Freiheitlichen bisweilen im politischen Alltag konfrontiert sind. „Mit diesem Weltbild haben wir es seit Jahrzehnten in den Schulen zu tun“, erklärt FPÖ-Chef Haibuchner. „Ich weiß, wovon ich spreche und so wissen

es tausende Schüler, die aus einem deklariert freiheitlichem Haus kommen. Es besteht ein permanenter Rechtfertigungsnotstand, wenn man nicht die politische Meinung des Lehrers teilt... Hier werden Machtverhältnisse ausgenutzt und Druck ausgeübt auf alles und jeden, der nicht den Alt-68ern nach dem Mund redet. Und wenn dann einmal ein Vater aufsteht und diesen Machenschaften entgegentritt, wird er kriminalisiert“.

Um den vom grünen Agitator im Linzer Klassenzimmer ausgelösten Skandal in seiner ganzen Dimension abschätzen zu können, ist es notwendig, den politisch-psychologischen Hintergrund eines jugendlichen Publikums zu beleuchten.

Politische Verhaltensweisen junger Menschen

Kennzeichnend für den Umgang junger Menschen mit der Politik ist zunächst ein geringes Interesse an Sachfragen und eine sehr oberflächliche Wahrnehmung des Geschehens. Als Richtwert kann gelten,



dass sich von der Gesamtbevölkerung rund 40 Prozent zumindest „ziemlich stark“ mit innenpolitischen Vorgängen beschäftigen, die 16-19jährigen tun das nicht einmal halb so häufig. Eine unmittelbare Folge davon ist ein demoskopisch ebenfalls nachweisbares geringes Fachwissen und demgemäß eine entsprechend geringe Urteilsfähigkeit junger Menschen über politische Inhalte. Ungeachtet ihres Mankos an Sachkenntnissen reagieren Jugendliche sehr kritisch und vor allem emotional auf Parteien und Politiker.

Das beschriebene Syndrom aus oberflächlichem Interesse, geringer Sachkenntnis und starker Gefühlsbezogenheit macht das Segment der unter-20jährigen besonders anfällig für demagogische Aussagen wie jene des vom Glorienschein der Wissenschaftlichkeit umstrahlten GRÜNEN in der Linzer Honauerstraße.

Man hätte erwarten können, dass der skandalöse Auftritt des grünen Funktionärs im Oberstufengymnasium alle demokratisch gesinnten Kräfte zu massiven Protesten veranlaßt hätte und insbesondere von den Medien scharf verurteilt worden wäre. Das geschah jedoch keineswegs. Der Sturm der Entrüstung brach in den Gazetten erst los, als sich die in den Morast gezogenen Freiheitlichen zu wehren begannen und zu ihrer Selbstverteidigung ein [www-Portal einrichteten](http://www.einrichtungen.at), an

das Verstöße gegen das Schulunterrichtsgesetz sowie politische Hetze und Manipulation gemeldet werden können.

Die Ankündigung dieser Einrichtung ließ in einigen Redaktionen die Wogen hochgehen. Insbesondere die OÖN überschlugen sich

förmlich mit negativen Berichten über die Initiative der von ihnen partout nicht gemochten Blauen. „FPÖ ruft zum anonymen Verpetzen von Lehrern auf“ - „Spitzelwesen: Empörung über blaue Meldestelle für „politische Manipulation“ verkündeten einige der Schlagzeilen. Auch der Kurier zählte zu denen, die sich besonders empört gaben. Empört allerdings nicht über die Täter, also die Verursacher des politischen Mißbrauchs, sondern über das Opfer,

jene Partei, die sich gegen das Unrecht aufbäumte.

Die Berichte und Kommentare von OÖN und Kurier erscheinen freilich in einem völlig anderen Licht, wenn man den Umgang dieser Blätter, die sich gern als Hüter der reinen demokratischen Lehre und Verfechter der Meinungsfreiheit stilisieren, mit ihren Nutzern vergegenwärtigt. Siehe da: beide Zeitungen liegen seit rund einem Jahr auf der Lauer auf Postings aus dem Leserkreis, die vermeintlich gegen demokratisches Empfinden und politische Moral verstoßen. Sie tun dies in der erklärten Absicht, die Übeltäter der Justiz zu übergeben und haben zu diesem Zweck Vereinbarungen mit Anwaltskanzleien getroffen. Die OÖN begründeten ihr Vorhaben mit der Feststellung, es gebe eine „Unmenge von Schreibern, die die Grenzen der Meinungsfreiheit nicht kennen“. Kurz zuvor hatte bereits der Kurier die Öffentlichkeit wissen lassen, dass er nun „rigoroser gegen Hasspostings vorgehen und diese vermehrt zur Anzeige bringen“ werde.

“ Man hätte erwarten können, dass der skandalöse Auftritt des grünen Funktionärs im Oberstufengymnasium alle demokratisch gesinnten Kräfte zu massiven Protesten veranlaßt hätte und insbesondere von den Medien scharf verurteilt worden wäre. Das geschah jedoch keineswegs.

$x + y = z$





$$x+y=z$$



OÖN, Kurier und andere Mitläufer des modern gewordenen Rudel-Journalismus begreifen sich als Hohepriester der politischen Moral. Unter dem Markenzeichen des kritischen Journalismus versteckt sich jedoch, wie Michael Fleischhacker in der NZZ schrieb, oft nur ein „Umerziehungsprogramm“. Der deutsche Rechtsanwalt und Publizist Joachim Steinhöfel verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der Begriff „Hotspeech“ schwammig und ungenau ist. Vieles werde als Hass und Hetze bezeichnet, was nicht gegen verfassungsmäßig gedecktes Recht verstößt und nur der eigenen politischen Ausrichtung der Kritiker zuwiderläuft.

Das ist eine Aussage von großem Gewicht, denn bei den

medialen Sittenwächtern unterliegt es dem rein subjektiven Ermessen, ob eine Meinung als strafbar und demokratiegefährdend gebrandmarkt werden darf oder nicht.

Schaden für die Gesellschaft

Die Jagd der Medien auf Internet-Sünder und das Vorhaben der Freiheitlichen hat auf den ersten Blick Ähnlichkeit. In Wirklichkeit liegen beide Initiativen auf völlig unterschiedlichen logischen Ebenen. Bei der Aktion der Medien handelt es sich im Grunde um die Bekämpfung entarteter politischer Emotionen, außer Kontrolle geratener Neurosen, Gefühlsreflexen ohne Nachrichtenwert und ohne Informationswirkung. Im anderen Fall steht ein echter und großer Schaden für die Gesellschaft auf dem Spiel, denn diesmal geht es um die kalkulierte Beeinflussung einer klar abgrenzbaren Zielgruppe – Jugendlichen – mit Hilfe einseitiger und verzerrter Informationen.

Das Vorhaben, den Schulunterricht von parteipolitischer Agitation frei zu halten und die den Lehrern anvertrauten Kinder vor einseitiger Wissensvermittlung und dem systematischen Abdrängen in eine bestimmte politische Richtung zu bewahren, ist eine Aufgabe von hohem Rang. Hier bleibt kein Platz für Zweifel. ■

empiricus

PARTEIFREIE SCHULE

Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen



Jetzt Vorfälle melden! ↘

WWW.PARTEIFREIE-SCHULE.AT

“ Das Vorhaben, den Schulunterricht von parteipolitischer Agitation frei zu halten und die den Lehrern anvertrauten Kinder vor einseitiger Wissensvermittlung und dem systematischen Abdrängen in eine bestimmte politische Richtung zu bewahren, ist eine Aufgabe von hohem Rang.“



Schlaumeiereien

1

FRAGE: Du nimmst an einem Rennen teil. Du überholst die zweite Person. An welcher Position befindest Du Dich?

ANTWORT: Wenn Du geantwortet hast, an erster, liegst du falsch! Wenn Du die zweite Person überholst und ihren Platz einnimmst, bist Du Zweiter !

Versuche, Dich bei der nächsten Frage nicht zu irren und nimm Dir weniger Zeit als bei der ersten.

2

FRAGE: Du nimmst an einem Rennen teil und überholst die letzte Person. Dann bist Du....?"

ANTWORT: Wenn Du geantwortet hast, vorletzter, hast Du Dich wieder geirrt.

Sag mir, wie willst Du den LETZTEN überholen? Alles klar soweit?

3

FRAGE. Hochkomplizierte Mathematik! Bitte beachten: Hier soll im Kopf gerechnet werden. Benutze bitte weder Papier, noch Stift, noch Taschenrechner. Auf geht's !

Nimm 1000 und füge 40 hinzu. Nun addiere wieder 1000. Jetzt 30. Und wieder 1000. Jetzt addiere noch 20. Und füge 1000 hinzu. Jetzt noch 10. Wie lautet die Summe?

ANTWORT: Hast Du 5000 errechnet? Die richtige Antwort ist 4100. Du glaubst mir das nicht? Dann benutz den Taschenrechner! Heute ist wirklich nicht Dein Tag!

Vielleicht klappt's mit der letzten Frage.

4

FRAGE: Der Vater von Marie hat fünf Töchter:

- 1.Nana
- 2.Nene
- 3.Nini
- 4.Nono

Wie heißt das fünfte Mädchen?

ANTWORT: Nunu? NEIN! ganz sicher nicht. Sie heißt Marie.

Lies noch einmal die Frage.

Mit dem **Attersee.Report** behalten Sie den **Durchblick.**



